

Geschäftsbericht 2006

Bericht des Aufsichtsrates

Im Geschäftsjahr 2006 hat der Aufsichtsrat die Überwachung der ihm per Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er hat die Geschäftsführung durch den Vorstand kontinuierlich überwacht. In vier ordentlichen Sitzungen wurde der Aufsichtsrat umfassend über den ordnungsgemäßen Verlauf der Geschäfte und die wirtschaftliche Lage des Unternehmens unterrichtet. Im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung des Vorstandes an den Aufsichtsrat wurden im Wesentlichen die Wirtschafts-, Finanz- und Investitionsplanung erörtert. Darüber hinaus hat sich der Aufsichtsrat über bedeutsame Einzelgeschäfte und besondere Maßnahmen informiert.

Sämtliche Berichte und Sitzungsvorlagen wurden mit dem Vorstand eingehend beraten. Dem Aufsichtsrat per Gesetz und Satzung obliegende Entscheidungen wurden getroffen. Zu seiner Unterstützung hat der Aufsichtsrat einen Wirtschaftsausschuss (Audit Committee) sowie einen Personalausschuss eingerichtet.

In regelmäßigen Gesprächen hat sich der Vorsitzende des Aufsichtsrates darüber hinaus vom Vorstand über wichtige Themen des Unternehmens berichten lassen. Einen wesentlichen Teil der gemeinsamen Beratungen nahmen die Prozessoptimierung, die Investitionsplanung und die künftige Tarifentwicklung in Berlin ein.

Der Jahresabschluss 2006 und der Lagebericht sind unter Einbeziehung der Buchführung von Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Prüfung gemäß § 53 Abs. 1 HGrG hat ebenfalls zu keinen Einwendungen geführt.

Die Abschlussunterlagen sowie die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers haben dem Aufsichtsrat vorgelegen. Sie wurden vom Wirtschaftsausschuss und vom Aufsichtsrat geprüft und im Beisein des Abschlussprüfers eingehend erörtert. Der Aufsichtsrat hat sich dem Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers ange-

schlossen und im Rahmen seiner eigenen Prüfung festgestellt, dass Einwendungen nicht zu erheben sind. Daher hat der Aufsichtsrat den Jahresabschluss 2006 festgestellt und dem Vorstand für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.

Dem Aufsichtsrat sind keine Hinweise bekannt, dass der Vorstand seine Geschäfte nicht mit der gebotenen Sorgfalt ausgeübt oder gegen einschlägige Vorschriften, Satzungsbestimmungen oder Aufsichtsratsbeschlüsse verstoßen hat.

Der Vorstand und der Aufsichtsrat haben am 9. Januar 2007 eine Erklärung zum Corporate Governance Kodex der Berliner Wasserbetriebe abgegeben. Diese wurde auf der Internetseite www.bwb.de dauerhaft zugänglich gemacht. Vorstand und Aufsichtsrat haben den Empfehlungen dieses Kodex entsprochen und werden dies auch zukünftig tun.

Nach dem Ausscheiden von Dr. William John Alexander ist Herr Berthold A. Bonekamp neues Mitglied der Anteilseignerseite des Aufsichtsrates geworden.

Dem Vorstand, den Arbeitnehmervertretern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Berliner Wasserbetriebe dankt der Aufsichtsrat für ihr Engagement und die geleistete Arbeit.

Berlin, den 28. Februar 2007

Berliner Wasserbetriebe
Der Aufsichtsrat



Harald Wolf
Vorsitzender

Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Überblick über die Gesellschaft, Geschäftstätigkeit und deren Rahmenbedingungen

Die Berliner Wasserbetriebe sind das größte Unternehmen in Deutschland, das sowohl die Trinkwasserversorgung als auch die Abwasserentsorgung einer Großstadt sicherstellt. Die Wasserwirtschaft in Deutschland ist vornehmlich kleinteilig organisiert: Rund 6.500 Unternehmen betreiben allein die Trinkwasserversorgung, rund 7.000 Unternehmen entsorgen das Abwasser. Ein Großteil dieser Unternehmen sind kleine Betriebe mit geringem Fördervolumen, z. B. wird knapp die Hälfte des Wasseraufkommens durch 1,5% der Wasserversorgungsunternehmen bereitgestellt.

Im März 2006 hat die Bundesregierung einen Bericht zur Modernisierungsstrategie für die deutsche Wasserwirtschaft vorgelegt. Diese hat u. a. zum Ziel, über Förderung von Kooperationen, von einer informellen Zusammenarbeit bis hin zu Fusionen, die bestehende Kleinteiligkeit in den Strukturen aufzuheben, um effiziente, kundenorientierte und wettbewerbsfähige Dienstleistungsunternehmen der öffentlichen Trinkwasser- und Abwasserentsorgung zu schaffen. Die Modernisierungsstrategie kann verbesserte Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln schaffen – sie muss nun mit Leben gefüllt werden.

Ein Unternehmen wie die Berliner Wasserbetriebe, welches in beiden Bereichen tätig ist, ist auch allein durch diesen Tatbestand einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft verpflichtet. Denn die Qualität des geklärten Abwassers von heute beeinflusst die Qualität des zur Trinkwasserversorgung gewonnenen Wassers von morgen. Für die Qualitätssicherung auf technisch und ökologisch hohem Standard sorgt ein anhaltend hohes Investitionsniveau. Mehr als 274 Mio. € wurden 2006 investiert, überwiegend in den Ausbau und die Pflege der Netze und Anlagen. Damit waren die Berliner Wasserbetriebe auch in diesem Jahr einer der größten Investoren in Berlin und Brandenburg. Dabei wurden rund 80% der Aufträge an Betriebe vergeben, die aus der Region stammen.

Die Qualität der Unternehmensleistungen wird bestätigt durch die Zertifizierung des Unternehmens gemäß den gültigen Standards für Qualitäts- und Umweltmanagement (DIN EN ISO 9001 und DIN EN ISO 14001). Eine Zertifizierung des gesamten Unternehmens konnte im Herbst erfolgreich abgeschlossen werden. Ebenfalls wurde die Konformität des technischen Sicherheitsmanagements gemäß W1000 und M1000 bestätigt.

Im Jahr 2006 wurden 209,3 Mio. m³ Trinkwasser geliefert, dies entspricht einem leichten Anstieg von 1,5% im Vergleich zum Vorjahr (206,1 Mio. m³). Ursache hierfür sind die heißen Sommermonate Juni und Juli. In den vergangenen Jahren ging jedoch der Trinkwasserabsatz kontinuierlich zurück. Damit reduzierte sich auch die zu reinigende Abwassermenge. Die bestehenden Netze und Anlagen sind dagegen auf größere Volumina ausgerichtet, so dass die entstehenden Kosten, die zu 80% fix sind, über das bestehende Tarifmodell mit einem reinen Mengenpreis nur schwer abgebildet werden können. Hinzu kommt, dass die sommerlichen Bedarfsspitzen kaum sinken, so dass Kapazitäten für extreme Bedarfe vorgehalten werden müssen. Daher beabsichtigen die Berliner Wasserbetriebe, ab Mitte 2007 einen Grundpreis für Trinkwasser und für Schmutzwasser einzuführen. Damit kann die Kostenstruktur des Unternehmens verursachungsgerechter abgebildet werden. Die Tarife für Wasser- und Schmutzwasser sollen sich dann aus einem Grund- und einem verbrauchsabhängigen Arbeitspreis zusammensetzen.

Im Juli 2006 trat das novellierte Berliner Betriebsgesetz in Kraft. Daraus ergeben sich einige Änderungen für die Berliner Wasserbetriebe. So ist es z. B. nun möglich, Tarife über einen Kalkulationszeitraum von zwei Jahren zu bemessen. Kostenüber- oder -unterdeckungen werden durch eine Nachkalkulation für den vorangegangenen Kalkulationszeitraum ermittelt und Über- oder Unterdeckungen verrechnet.

Die Rechtmäßigkeit der Tarife der Berliner Wasserbetriebe wurde in allen bisher rechtskräftig entschiedenen Verfahren – über mehrere Instanzen, vom Amtsgericht bis zum Kammergericht – bestätigt. Insbesondere das Landgericht Berlin, aber auch das Kammergericht haben sich mehrfach mit der Billigkeit der Tarife für die Jahre 2000 bis 2004 beschäftigt. In seiner Urteilsbegründung hob das Kammergericht z. B. hervor, dass mit den ausführlichen Bestimmungen zur Tarifkalkulation in den Landesgesetzen verbindliche Richtlinien für die Ermittlung der Tarife geschaffen wurden, die den Ermessensspielraum des Unternehmens zur Bestimmung der Tarife weitgehend einschränken.

Die Berliner Wasserbetriebe sind ein im Land Berlin und bei seinen Bürgern tief verwurzelt Unternehmen, das 2006 den 150. Geburtstag der Berliner Trinkwasserversorgung begehen konnte. Am 1. Juli 1856 ging das erste Wasserwerk Berlins am Stralauer Tor in Betrieb. Dieses Jubiläum war Thema der aktuellen Imagekampagne und fand seinen Höhepunkt in dem Event H₂OpenAir am 25. August im Strandbad Wannsee. 14.000 Berline-

rinnen und Berliner feierten gemeinsam mit den Berliner Wasserbetrieben ein eindrucksvolles Fest. Inzwischen versorgt das Unternehmen nicht nur die 3,4 Mio. Einwohner Berlins, sondern entsorgt auch das Abwasser von mehr als 500.000 Menschen aus dem nahen Umland.

Ebenso wie der Rückblick auf die Anfänge war im letzten Jahr auch die Zukunft der Berliner Wasserbetriebe Thema. Ein strategisches Projekt wurde gegründet, um ein Zukunftsbild des Unternehmens zu entwerfen: Wie werden die Berliner Wasserbetriebe in zehn Jahren aussehen? Welches sind strategisch wichtige Leistungen des Unternehmens im Hinblick auf die Positionierung am Markt? Es geht darum, aktiv die Zukunft des Unternehmens zu gestalten.

Auch weiterhin stellen die Berliner Wasserbetriebe jährlich 120 Ausbildungsplätze zur Verfügung, das entspricht einer Quote von 9,0%. In 18 Berufen und fünf Studiengängen werden zurzeit 399 Auszubildende im kaufmännischen, technischen und akademischen Bereich ausgebildet. Im Anschluss an die Ausbildung gewährt die perdie.net GmbH eine leistungs- und bedarfsorientierte befristete Übernahme. Damit wird den jungen Menschen ermöglicht, nach ihrer Ausbildung erste Berufserfahrungen zu sammeln.

Analyse des Geschäftsverlaufs und der wirtschaftlichen Lage und deren Entwicklung

DIENSTLEISTUNGEN IM UMLAND

Die Berliner Wasserbetriebe betreiben im brandenburgischen Umland ein umfangreiches Dienstleistungsgeschäft in allen Bereichen der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung.

Durch langjährige Erfahrungen als Betriebsführer und Dienstleister kommunaler Anlagen sind die Berliner Wasserbetriebe mit den Problemen und Vorstellungen der öffentlichen Auftraggeber vertraut und deren kompetenter Kooperationspartner.

Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Gemeinden, Zweckverbänden und Unternehmen wurde auch 2006 erfolgreich fortgesetzt.

Mit langfristigen Wasserlieferungs- und Abwasserentsorgungsverträgen sichern die Berliner Wasserbetriebe die Trinkwasserversorgung für rund 70.000 Einwohner in zehn Gemeinden und entsorgen das Abwasser von rund 535.000 Brandenburgern in 41 Gemeinden.

Im Geschäftsjahr 2006 wurden rund 3,6 Mio. m³ Trinkwasser in das Umland geliefert, im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es 3,3 Mio. m³. Die Abwassereinleitungsmengen aus dem Umland haben sich gegenüber dem Vorjahr von 22,9 Mio. m³ auf 23,1 Mio. m³ erhöht.

Die Berliner Wasserbetriebe nehmen darüber hinaus auch die kaufmännische und technische Betriebsführung von Anlagen der Wasserver- und Abwasserentsorgung für einige Gemeinden im Land Brandenburg wahr.

INVESTITIONEN

Im Jahr 2006 haben die Berliner Wasserbetriebe 274,4 Mio. € (Vorjahr: 295,0 Mio. €) in das Anlagevermögen investiert. Davon entfielen auf die Wasserversorgung 96,5 Mio. € (Vorjahr: 101,9 Mio. €) und die Entwässerung 177,9 Mio. € (Vorjahr: 193,1 Mio. €).

Der fremdfinanzierte Anteil der Investitionen lag mit 41,0 Mio. € bei 14,9% (Vorjahr mit 40,8 Mio. € bei 13,8%). Der Bereich Entwässerung hatte daran einen Anteil von 34,1 Mio. € (Vorjahr: 34,8 Mio. €), im Bereich Wasserversorgung wurden 6,9 Mio. € (Vorjahr: fast 6,0 Mio. €) durch Auftraggeber finanziert.

Die eigenfinanzierten Investitionen beliefen sich auf 233,4 Mio. € (Vorjahr: 254,2 Mio. €). Die Senkung der Ausgaben liegt im Wesentlichen in aufgedeckten Einsparpotenzialen sowie in der Baupreisentwicklung begründet, alle vorgesehenen Vorhaben wurden umgesetzt.

Die Investitionen werden weiterhin für die Qualitätssicherung der Werke (Lieferung der Wasserwerke und Ablauf der Klärwerke) sowie für die Erhaltung der Netze eingesetzt. Die Mittel des Budgets Kanalnetz werden entsprechend der Verpflichtung aus dem Abwasserbeseitigungsplan für die Kanalisierung von Siedlungsgebieten verwendet.

Die durch Bestellungen eingegangenen Verpflichtungen für die Folgejahre (Bestellobligo) betragen Ende Dezember 136,6 Mio. € (Vorjahr: 140,6 Mio. €).

BETRIEBSTEIL WASSERVERSORGUNG

Grund- und Trinkwasserförderung. Das von den neun Wasserwerken Berlins nutzbare Grundwasserdargebot liegt mit rund 350 Mio. m³ Jahresmenge deutlich über dem Bedarf der für die Sicherung der Trinkwasserversorgung Berlins benötigten Entnahmemenge. Im Jahr 2006 wurden 217,9 Mio. m³ Grundwasser (Vorjahr: 212,4 Mio. m³) gefördert. Hierfür kamen 687 Brunnen der im Bestand befindlichen 952 Brunnen (Vorjahr: 952) zum Einsatz. 54 Brunnen des Bestandes (Vorjahr: 61) dienten der Unterstützung von Maßnahmen der Grundwassersanierung und der Wasserhaltung zur Erzielung siedlungsverträglicher Grundwasserstände in Teilen des Stadtgebietes von Berlin.

Das insbesondere im Monat Juli überdurchschnittlich trockene und heiße Sommerwetter führte im Berichtsjahr am 5. Juli zu einer Tagesspitzenförderung, die bei 867.690 m³ und damit etwa 13 % über der des Vorjahres von 768.760 m³ lag. Im Durchschnitt wurden täglich rund 588.000 m³ Grundwasser für die Trinkwasserversorgung aus Berlins Tiefen gefördert. Im Vorjahr waren es nur 582.000 m³.

Die Grundwasserstände in den Einzugsgebieten der Wasserwerke werden kontinuierlich überwacht. Hierfür wird ein Netz von 750 Grundwassermessstellen (Vorjahr: 750) betrieben. Die Auswertung der Messwerte und die Ausrüstung von derzeit 55 Grundwassermessstellen mit Datenloggern ermöglichten die Verringerung der Anzahl der aktiven Messstellen bei Beibehaltung der Überwachungsqualität.

Die Grundwasserstände schwanken im unmittelbaren Bereich der Brunnengalerien stärker als in entfernteren Gebieten. Unter Berücksichtigung standortspezifischer Unterschiede der Grundwasserentnahme und des Niederschlages dokumentieren die Grundwasserstände auch 2006 ein ausgeglichenes Verhältnis von Grundwasserförderung und -neubildung. In den Einzugsgebieten der vorläufig stillgelegten Wasserwerke Jungfernheide und Johannisthal wurde im Auftrag des Senates bzw. der Siemens AG weiterhin Grundwasser zum Zweck der Einhaltung siedlungsverträglicher Grundwasserstände gefördert.

Innerhalb des Jahres schwankt der Grundwasserspiegel um wenige Dezimeter bis ca. 1,2 m. Hierzu trug wesentlich die gleichmäßige Fahrweise der Brunnen durch eine konsequente Verminderung der Schalthäufigkeit der Unterwassermotorpumpen bei.

Darüber hinaus erlaubt die zentrale Steuerung der Verteilung der Fördermengen eine ökonomisch und ökologisch optimierte Grundwasserentnahme an allen Standorten.

Aufgrund einer Beeinträchtigung des Trinkwassers im Wasserwerk Wuhlheide war vom 1. Juli 2006 bis zum 14. Dezember 2006 die Trinkwasserförderung des Werkes unterbrochen. Bis zum Abschluss der notwendigen Sanierungsarbeiten an den Fassungsanlagen förderte das Werk mit kleinstmöglicher Leistung Wasser als Abschlag in die Wuhle und den Rummelsburger See. Dies war notwendig, um die Anlage für die Trinkwasseraufbereitung einsatzbereit zu halten sowie um ein Überfluten der Brunnenstuben durch sehr hohe Grundwasserstände zu vermeiden.

Umfangreiches Brunnenerneuerungsprogramm. Zur Sicherung der Rohwasserqualität und -kapazität der Wasserwerke wird ein kontinuierliches Brunnenerneuerungsprogramm umgesetzt. Hierbei wird aus Qualitätssicherungsgründen jeweils nur ein Grundwasserleiter ausgebaut und bewirtschaftet.

Einen Schwerpunkt stellte 2006 die Erneuerung der Galerie C des Wasserwerks Friedrichshagen dar, die in mehreren Bauabschnitten bis in die nächsten Jahre hinein erfolgt. Auch im Wasserwerk Tiefwerder wurden 2006 umfangreiche Brunnenerneuerungen vorgenommen.

Überpumpwerk Kleistpark – Erneuerung von ausrüstungs- und bautechnischen Anlagen. Die Gebäude des Überpumpwerkes Kleistpark werden saniert, seine technischen Anlagen werden komplett erneuert. Dieses Programm ist sehr ambitioniert, denn es muss bei laufendem Betrieb umgesetzt werden, der aus Gründen der Versorgungssicherheit nur unwesentlich eingeschränkt werden darf. Die mehr als 70 Jahre alte Anlage im Ortsteil Schöneberg versorgt mit einer maximalen Förderkapazität von 120.000 m³/d u.a. die Ortsteile Schöneberg, Kreuzberg, Charlottenburg, Tiergarten und Mitte mit Trinkwasser aus den Wasserwerken Spandau und Tegel und wird vom Wasserwerk Beelitzhof aus ferngesteuert und überwacht.

Die maschinellen und elektrotechnischen Anlagen entsprechen teilweise nicht mehr den Sicherheitsanforderungen und dem aktuellen Stand der Technik und sind nicht konform mit den Schnittstellen zur Anbindung an die moderne Prozessleit- und Automatisierungstechnik des Leitsystems Wasserwerke (LSW)

der Berliner Wasserbetriebe. Das bis 2007 befristete Erneuerungsvorhaben ist mit einem Investitionsumfang von 2,2 Mio. € verbunden.

Sicherheit im Fokus. Die Aktivitäten zur Sicherung der Trinkwasserversorgung gegen eventuelle Anschläge wurden 2006 mit hoher Priorität vorangetrieben. Spezialisten des Unternehmens setzten das im Vorjahr erarbeitete Sicherheitskonzept für die Berliner Wasserbetriebe konsequent um. Als integriertes Managementsystem mit ganzheitlichem Ansatz geht es über die bestehenden Regelungen, Standards und Gesetze hinaus. Die Tragfähigkeit des Konzeptes wurde im Rahmen mehrerer Übungen getestet.

Die Sicherheitsanforderungen, die sich aus der Fußballweltmeisterschaft ergaben, wurden aus Sicht der Wasserversorgung ohne Beeinträchtigungen und Störungen umgesetzt. Im Mai fand eine Notfallübung statt, in deren Verlauf die Reaktionen auf einen terroristischen Angriff auf die Trinkwasserversorgung geprobt wurden. 160 direkt involvierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den verschiedensten Bereichen des Unternehmens bewiesen, dass das Unternehmen auf eine derartige Bedrohungslage adäquat reagieren kann.

Anzahl der Rohrbrüche. Unter Berlin verlaufen 7.857 km (Vorjahr: 7.843 km) Wasserrohre. Neu davon sind über 70,1 km (Vorjahr: 85,8 km). Gleichzeitig wurden 55,5 km (Vorjahr: 73,1 km) stillgelegt.

Aufgetretene Schäden werden durch die Berliner Wasserbetriebe schnellstmöglich behoben. Durch die Dokumentation der Schäden in einer Datenbank wurde eine 30-jährige Historie angelegt, mit deren Hilfe die Rohrschadenswahrscheinlichkeit ausgewertet wird. Die Rohrbruchquote ist mit 0,10 % auf sehr niedrigem Niveau und seit Jahren rückläufig.

Im letzten Jahr traten bedingt durch die anhaltend sehr kalte Witterung im Januar und Februar im Vergleich zum Vorjahr vermehrt Rohrschäden an Haupt- und Versorgungsleitungen auf. So waren von Januar bis Dezember 928 Rohrschäden und somit 45 mehr als im Vorjahreszeitraum zu beheben. Nach wie vor sind Rohrleitungen aus der Materialart Grauguss am häufigsten betroffen.

Jährlich gehen rund 2 % der geförderten Trinkwassermenge verloren. Das ist im internationalen Vergleich außerordentlich wenig. Denn andere westeuropäische Länder kämpfen mit deutlich höheren Trinkwasserverlusten von bis zu 32 %.

Bei den Hausanschlussleitungen waren 1.492 Rohrschäden zu beseitigen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Anzahl an Hausanschlusschäden um 71 verringert. Hauptsächlich betroffen waren Leitungen aus Blei und Stahl.

Es wurden insgesamt 6.487 Hausanschlussleitungen neu hergestellt bzw. erneuert, 1.418 mehr als im Vorjahr.

Die Trinkwasserverordnung senkt den bisherigen Bleigrenzwert von 25 µg/l ab Dezember 2013 auf 10 µg/l ab. Deshalb wurde im Januar 2005 eine erneute Offensive zur Auswechslung der restlichen Bleihausanschlussleitungen gestartet. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 3.151 Kunden mit Bleileitungen angeschrieben. Davon erklärten 1.476 Kunden ihre Bereitschaft zur sofortigen Auswechslung. So wurden bis Dezember insgesamt 2.617 Bleileitungen ausgewechselt, 874 mehr als im Vorjahreszeitraum.

Baumaßnahmen im Partnering. Bei den Berliner Wasserbetrieben ist in den vergangenen Jahren ein Kooperationsmodell entwickelt worden, in dem gemeinsam mit privaten Bauunternehmen gemischte Teams Trinkwasserleitungen neu bauen bzw. sanieren. In diesen so genannten Partnering-Projekten arbeiten bis zu 30 gewerbliche Mitarbeiter des Bereiches Wasserversorgung. Bis Ende Dezember 2006 wurden im Partnering 9.255 m Haupt- und Versorgungsleitungen neu verlegt und ausgewechselt. 1.459 m Versorgungsleitungen wurden mit Zementmörtel- und mit Kunststoffauskleidung saniert.

BETRIEBSTEIL ENTWÄSSERUNG

Abwasserreinigung. Im Geschäftsjahr 2006 wurden in den sechs Klärwerken der Berliner Wasserbetriebe, von denen die beiden Werke Waßmannsdorf und Wansdorf im Auftrag betrieben werden, 230,7 Mio. m³ Abwasser gereinigt. Davon sind 15,7 Mio. m³ Regenwasser. Die Abwassermenge nahm um 2,8 Mio. m³ gegenüber dem Vorjahr ab, der Regenanteil sank um 2,4 Mio. m³.

Aus Städten und Gemeinden im Umland Berlins flossen 28,6 Mio. m³ Abwasser (Vorjahr: 28,5 Mio. m³) zur Reinigung in Anlagen der Berliner Wasserbetriebe. Der Umlandanteil hat sich somit gegenüber dem Vorjahr nur marginal verändert.

Migration der Bedien- und Beobachtungssysteme der Klärwerke und der OWA Tegel. Das Projekt Migration der Bedien- und Beobachtungssysteme der Klärwerke sowie der Oberflächenwasseraufbereitungsanlage (OWA) Tegel wurde termingerecht im September 2006 abgeschlossen. Die Bedien- und Beobachtungssysteme (B&B-Systeme) der vorhandenen Prozessleittechnik in den Klärwerken Münchehofe, Ruhleben, Schönerlinde, Stahnsdorf und Waßmannsdorf sowie in der OWA Tegel wurden durch aktuelle Technik ersetzt, vereinheitlicht und optimiert. Erreichtes Ziel war eine einheitliche Bedienphilosophie und Anlagendarstellung für die Anlagenfahrer in allen Werken. Mit dem Aufbau der neuen Technik wurden die zentralen Warten modernisiert. Alle Leistungen wurden während des laufenden Betriebes und ohne eine Einschränkung der Fahrweise durchgeführt.

Energieeinsparung durch Fremdschlammannahme und Energieoptimierung im Klärwerk Ruhleben. Die Berliner Wasserbetriebe haben am 1. Juni 2006 von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung die Genehmigung zum Dauerbetrieb für die Fremdschlammannahme im Klärwerk Ruhleben im Rahmen eines vereinfachten Genehmigungsverfahrens nach § 16 BImSchG erhalten. Damit ist der Weg für die Umsetzung des Energiesparprojektes im Klärwerk Ruhleben frei. Das Projekt läuft planmäßig. Mit Fertigstellung des 2. Bauabschnittes der Fremdschlammannahme Mitte 2007 wird die Annahmekapazität auf ca. 300 m³/d verdoppelt und der Nacht- und Wochenendbetrieb gesichert.

Zielstellung der Energieoptimierung ist die verfahrenstechnische Trennung der Nutzung des in den drei Linien der Schlammverbrennung erzeugten Dampfes.

Weiterer Ausbau der Fremdschlammannahme in Ruhleben. Die Planung des 2. Bauabschnittes der Fremdschlammannahme im Klärwerk Ruhleben wurde Anfang 2006 abgeschlossen. Danach begannen die Arbeiten zur Errichtung eines Speichersilos, einer zusätzlichen Dickschlammpumpe und einer Verrohrung der Verbrennungslinie 2 an das Schlamm-silo. Neben den Versuchen zur Quecksilberminimierung in den Rauchgasen wurde mit Versuchen begonnen, das für die Verbrennung eingesetzte Stützöl durch Fettabfall zu ersetzen.

Aus den Klärwerken Schönerlinde und Waßmannsdorf. Im Klärwerk Waßmannsdorf wurden 2005 erhebliche Schäden an der Innenbeschichtung der Rohrleitungen festgestellt, die vom Sandfang zu den Vorklärbecken und von dort zur Belebung führen. Mit der Behebung der Schäden an den Verbindungsleitungen zwischen Sandfang und Vorklärung sowie zwischen Vorklärung und Belebungsbecken wurde 2006 begonnen. Diese Sanierungsmaßnahmen dauern wegen des großen Schadensumfanges noch an. Derzeit ist die Abwasserreinigung dadurch nicht eingeschränkt.

Ein wirtschaftlich und vor allem ökologisch wichtiges Projekt wurde im Klärwerk Schönerlinde umgesetzt. Im Rahmen eines Betreibermodells hat die Blockheizkraftwerk-Träger- und Betreiber-gesellschaft Berlin mbH im Klärwerk Schönerlinde ein Blockheizkraftwerk (BHKW) zur Verwertung des überschüssigen Faulgases errichtet und Ende 2005 erstmalig in Betrieb genommen. Die Aufnahme des Dauerbetriebes erfolgte nach Anpassungsarbeiten zum 1. März 2006. Das nun vermarktete Faulgas war zuvor abgefackelt worden. Damit wird das überschüssige Faulgas in den Klärwerken Münchehofe, Schönerlinde, Stahnsdorf, Wansdorf und Waßmannsdorf in BHKW zur Energieerzeugung genutzt. Bis auf die selbst betriebenen Anlagen in Münchehofe und Wansdorf laufen die drei anderen Anlagen unter Regie externer Betreiber. Im Klärwerk Ruhleben gibt es keine Schlammfäulung, dort wird der entwässerte Schlamm direkt verbrannt.

Ferngesteuerte Pumpwerke. Im Rahmen des Projektes Leit- und Informationssystem Abwasser (LISA), das im Kern die Automatisierung und Fernsteuerung aller 147 Berliner Abwasserpumpwerke aus einer Zentrale heraus vorsieht, geht es auch um die Verbesserung der Erfassung und Bereitstellung der Pumpwerksdaten für das Berichtswesen. Hier konnten in den ersten Monaten des Jahres 2006 große Fortschritte erzielt werden. Nach erfolgter Softwareumstellung wurde die bisherige Software abgeschaltet. Damit wurde ein Teil der Handeingaben abgeschafft und die Datenkonsistenz verbessert. Bei LISA werden die 42 Pumpwerke mit dem größten Anteil an der Abwasserförderung mit einer neuen Pumpenautomatik ausgerüstet. Die komplexe Steuerungs- und Regelungstechnik, die eigens für diese Zwecke entwickelt wurde, sorgt dafür, dass die zufließenden Abwassermengen unter Berücksichtigung einer Vielzahl von Randbedingungen zu den Klärwerken gefördert werden.

In den ersten Monaten wurden die Pumpwerksgruppen Zehlendorf und Pankow auf die Leitzentrale aufgeschaltet. Damit werden bereits acht der 13 Hauptpumpwerke personalfrei von der Leitzentrale aus fernüberwacht und -gesteuert. Ziel ist es, ab 2008 alle 143 Abwasserpumpwerke von der Leitzentrale aus zu überwachen und zu steuern.

Die Abwasserpumpwerke förderten 2006 insgesamt ca. 201,7 Mio. m³ Abwasser zu den Reinigungsanlagen. Das sind 0,9 Mio. m³ weniger als im Vorjahr. Die durchschnittliche Tagesförderung betrug 552.495 m³ (Vorjahr: 621.455 m³). Die größte Menge wurde am 21. Januar mit 1,13 Mio. m³ gepumpt.

Regenwasserbehandlung. Die Regenwasserbehandlung gewinnt immer mehr an Bedeutung. Durch direktes Einschwemmen von Straßenschmutz aus der Regenkanalisation bzw. durch überlaufende Mischkanäle bei Wolkenbrüchen gelangen heute mehr Nähr- und Schmutzstoffe in die Berliner Flüsse als aus den Ableitungen der Klärwerke. Um die direkten und indirekten Regenwassereinleitungen in die Oberflächengewässer zu verringern und die Kanalisation zu entlasten, werden schon seit einigen Jahren bei den Berliner Wasserbetrieben Mulden-Rigolen-Systeme eingesetzt. Im Jahr 2006 wurden außerdem zwei Retentionsbodenfilter in Betrieb genommen – einer auf dem Gelände des ehemaligen Klärwerks Adlershof und einer am Biesdorfer Baggersee. Weitere Bodenfilter stehen am Halensee und in Blankenburg vor ihrer Vollendung. Neben diesen Anlagen werden aber auch neue Regenklärbecken gebaut, so z. B. gegenwärtig im Köpenicker Ortsteil Spindlersfeld.

Neubau Abwasserpumpwerk Mitte IV. Das bereits 1880 errichtete Abwasserpumpwerk Mitte (APw Bln IV) an der Scharnhorststraße 12 wird aufgegeben und auf dem wenige Meter entfernten Grundstück Chausseestraße 95 durch einen Neubau ersetzt. Der Umbau und die Vollautomatisierung des Altwerkes wären mit unvermeidbaren Kosten und Risiken verbunden gewesen. Der nun beschlossene Bebauungsplan sieht südwestlich des neuen Pumpwerksgebäudes die Errichtung eines Regenüberlaufbeckens gemäß »Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen im Mischwassersystem« ab 2012 vor. Das Pumpwerksgebäude wird im Caissonverfahren, die vorgelagerten Trenn- und Zulaufbauwerke in Trogbauweise errichtet. Planung und Bauausführung werden architektonisch, zeitlich und räumlich eng mit der Errichtung der

neuen Zentrale des Bundesnachrichtendienstes verzahnt, in deren Mitte das neue Pumpwerk liegen wird.

Patente Insellösung: Berlins kleinstes Klärwerk heißt Klärchen.

Margaretenhöhe: Hochfeine Membranen klären Abwasser zu Badequalität. In der zum Lichtenberger Ortsteil Malchow gehörenden Siedlung Margaretenhöhe wurde im Juni 2006 Berlins kleinstes Klärwerk mit der Taufe auf den Namen »Klärchen« in Betrieb genommen. In der Anlage wird eine neuartige Abwasserreinigungstechnologie mit wissenschaftlicher Begleitung erprobt: das so genannte Membranbelevungsverfahren (MBR). Es ermöglicht durch seine kompakte Bauweise die dezentrale Erschließung abgelegener Siedlungen und unterbietet bereits heute die verschärften gesetzlichen Ablaufwerte der neuen EU-Badegewässerrichtlinie. Die Wohngebiete von rund 33.000 Berlinern sind (noch) nicht an das zentrale Abwassersystem angeschlossen. Dazu zählt die Siedlung Margaretenhöhe, die etwa 250 Bewohner hat. Weil über den Schällingsgraben das gesäuberte Wasser natürlich zur Panke abfließen kann, wurde die Siedlung für den Versuch ausgewählt und mit einer Druckentwässerung dezentral erschlossen. Das Projekt wurde in einer Kooperation der Kompetenzzentrum Wasser Berlin gGmbH, der Berliner Wasserbetriebe sowie von Veolia Wasser realisiert und von der EU gefördert. Die drei Partner hatten in einem vorangegangenen Projekt von 2001 bis 2003 im Berliner Klärwerk Ruhleben gemeinsam die jetzt eingesetzte patentierte Technologie entwickelt.

Dieses Membranbioreaktorverfahren funktioniert ähnlich wie ein klassisches Klärwerk, nur auf viel kleinerem Raum. Bakterien werden durch Zugabe bzw. Entzug von Sauerstoff zum vollbiologischen Abbau von Phosphor- (minus 99 %) und Stickstoffverbindungen (minus 95 %) stimuliert. Im Container kommt aber die Zwangspassage eines dichten Paketes spezieller Membranen hinzu. Deren Durchlassöffnungen sind so winzig, dass selbst Krankheitskeime hängen bleiben, das Wasser wird dabei vollständig desinfiziert.

Der Betrieb des Systems wird intensiv überwacht und zugunsten hoher Ablaufqualität und minimaler Betriebskosten – die Anlage arbeitet fernüberwacht ohne Personal – optimiert. 2007 werden die Ergebnisse vor der EU und dem Berliner Senat bilanziert.

Neuer Einlauf und neues Rechenhaus für Klärwerk Schönerlinde.

Die vorhandene Rechenanlage im Klärwerk Schönerlinde ist den zu-künftigen Anforderungen nicht mehr gewachsen. Es gilt, den Betrieb bei steigender hydraulischer Belastung sicherzustellen und die Umsatztätigkeiten der Abfallcontainer vollautomatisch durchzuführen. Nach einer intensiven Variantenbetrachtung unter Berücksichtigung diverser Kriterien wird der Neubau östlich des Verbindungsgerinnes entstehen.

Doppelschalige Kanäle schützen Trinkwasser. Die Berliner Wasserbetriebe planen, in den kommenden Jahren in der engeren Trinkwasserschutzzone (WSZ II) entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen ihre öffentlichen Schmutzwasserkanäle in doppelwandiger Bauweise zu erneuern. Rechtsgrundlage für die Verpflichtung zur doppelwandigen Erneuerung sind die entsprechenden Wasserschutzgebietsverordnungen des Berliner Senates.

Als erstes größeres Gebiet im Bezirk Treptow-Köpenick wird im engeren Schutzzonenbereich des Wasserwerkes Johannisthal der Bereich östlich des Wasserwerkes im Rahmen des Sanierungsgebietes Abwasserpumpwerk Johannisthal komplett erneuert.

Alle in diesem Gebiet betroffenen Grundstückseigentümer wurden in diesem Zusammenhang in Form eines Rundschreibens durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung informiert, dass sie verpflichtet sind, ihre Hausanschlusskanäle ebenfalls doppelwandig oder mit einem gleichwertigen Sicherheitsstandard herzustellen.

Insgesamt werden im betroffenen Gebiet in Johannisthal seit Frühjahr 2006 und bis 2008 rund 1.600 m Schmutzwasserkanäle DN 200 Steinzeug im Mantelrohr DN 400 Beton bzw. GGG neu verlegt. Alle 160 Hausanschlüsse werden an Schächte angebunden.

Erfolgreicher Baustellentag zur Messe Wasser Berlin 2006. Auf dem im Rahmen des 5. Internationalen Leitungsbausymposiums zur Fachmesse Wasser Berlin 2006 am 5. April durchgeführten Baustellentag wurde der Stand der Technik im Rohrleitungsbau praktisch demonstriert. Besonderer Wert wurde bei der Baustellenauswahl auf die Präsentation einer Vielfalt innovativer Entwicklungen von Sanierungstechniken und Bauverfahren im praktischen Einsatz unter verschiedenen örtlichen Randbedingungen gelegt.

Die Vielfalt der bei der europaweit einzigartigen Veranstaltung gezeigten Sanierungstechniken, der eingesetzten Rohrmaterialien und der dazugehörigen Maschinenteknik bot allen Interessierten einen weitreichenden Überblick über die Bauverfahren zur Renovierung, Reparatur, Erneuerung und zum Neubau von Druckleitungen und Kanälen. An den 13 Rundfahrten nahmen über 400 Fachbesucher aus dem In- und Ausland teil. Weitere 100 Fachbesucher wurden durch die auf der Messe vertretenen Firmen zu den einzelnen Baustellen gefahren, so dass insgesamt über 500 Fachbesucher die Baustellen am Baustellentag besuchten.

Demonstriert wurden u.a. ein Press-Zieh-Verfahren zur Erneuerung von Trinkwasserleitungen aus Gusseisen, ein Hilfsrohrverfahren zur Erneuerung von Trinkwasserleitungen aus Gusseisen, die grabenlose Erneuerung von Hausanschlussleitungen mit dem BAB-Verfahren und dem Hydros-lead-Verfahren, ein Vortriebsverfahren DN 1600 unter Bahngleisen mit offenem Schild und Druckluftbeaufschlagung im Grundwasser, ein PE-Close-Fit-Verfahren (Swagelining-Verfahren) zur Sanierung von Trinkwasserleitungen DN 1.000 sowie der Neubau von Retentionsbodenfilteranlagen zur Reinigung des Regenwassers.

Jeder zweite Kilometer Abwasserkanal wird heute in Berlin in grabenloser Bauweise errichtet. Seit 1984, dem Geburtsjahr des Mikrotunnelbaus, waren das rund 600 Kilometer Sammel- und Hausanschlusskanäle. Damit mussten mehr als 1 Mio. m² Fahrbahnfläche weder aufgebrochen noch wiederhergestellt werden. Über 2 Mio. m³ Boden wurden nicht ausgehoben. Die Berliner Wasserbetriebe haben mit einer zielgerichteten Ausschreibungspolitik eine subventionsfreie Entwicklung der grabenlosen Verfahren durch Schaffung eines Marktes ermöglicht und ihnen so zum Durchbruch verholfen.

Unterirdische Grundwasserreinigung. Das Vorhaben im Einzugsgebiet des Wasserwerkes Friedrichshagen beinhaltet Planung, Bau und zweijährigen Betrieb einer reaktiven Gaswand zur In-situ-Sanierung eines stark mit Ammonium kontaminierten Grundwasserleiters durch Initiierung einer im Untergrund stattfindenden Nitrifikation und Denitrifikation. Die Anlage schützt die Grundwasserressourcen. Ursache der Stickstoffkontamination ist eine Jahrzehnte währende Infiltration ammoniumbelasteter Wässer aus dem Rieselfeldbetrieb und der Schlammbehandlung des Klärwerks Münchehofe, die den gesamten Grundwasserleiter im unmittelbaren Anstrom zu den Brunnengalerien A und B des Wasserwerkes betrifft.

Im Ergebnis von abgeschlossenen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben wurde die direkte Begasung des kontaminierten Grundwasserleiters mit technischem Sauerstoff und Luft erfolgreich erprobt. Vor dem Bau der Anlage wurden der Anfangs- und Endzustand an geeigneter Stelle vor und nach dem O₂-Eintrag anhand von Grundwasser- und Bodenanalysen sehr eingehend untersucht. Weiterhin findet eine begleitende geohydrochemische Modellierung des gesamten Prozesses statt.

Die kompakte Container-Anlage am Standort in der Krummendammer Heide verfügt u. a. über Kompressoren für die Druckluft-erzeugung, einen Sauerstofftank für technischen Sauerstoff, Installationen für die Gasverteilung, Einrichtungen für die In-situ-Begasung und spezielle Sensortechnik für die Steuerung und Überwachung der Gaswand.

Der erwartete Vorteil der Pilotanlage liegt bei Erfüllung der verfahrenstechnischen Zielstellung im wesentlich geringeren Aufwand der In-situ-Technik im Vergleich zu einer konventionellen Wasseraufbereitung. Der Bau der Pilotanlage mit einem Investitionsvolumen von 1.248 T€ hat im August 2006 begonnen. Der Versuchsbetrieb für vorerst zwei Jahre beginnt voraussichtlich im April 2007. Bei erfolgreicher Durchführung des Versuchs und positiven verfahrenstechnischen Ergebnissen wird die Gaswand auf den Endzustand, auf eine Länge von ca. 800 m, erweitert.

Geruch im Stadtgebiet und Korrosion der Abwasseranlagen. Gerade in den Sommermonaten verursachte das in der Kanalisation immer langsamer fließende Abwasser unangenehme Gerüche. Für die systematische Bekämpfung von Geruchsbelastungen aus der Kanalisation und biogener Schwefelsäurekorrosion ist der gezielte Einsatz von Nitratsalzlösung als Dosiermittel in das Abwasser ein bekanntes Verfahren. Zur Vertiefung dieser Erkenntnisse haben die Berliner Wasserbetriebe in den vergangenen Jahren mit Erfolg eine mobile Versuchsanlage im Köpenicker Ortsteil Müggelheim betrieben. Im Jahr 2006 wurden weitere Anlagen dieser Art an einigen Kanalabschnitten in Betrieb genommen, u. a. auch am Gendarmenmarkt.

Das von den Berliner Wasserbetrieben entwickelte Verfahren zur Neutralisierung der für den Geruch und die Betonkorrosion verantwortlichen Schwefelverbindungen mit Eisenschlamm ist nur im Umfeld von Wasserwerken möglich, da dort der Eisenschlamm als Abfallprodukt der Trinkwasseraufbereitung anfällt. Derzeit findet dies in Kladow, Stolpe und Wuhlheide statt.

Eine dritte Variante der Geruchsbekämpfung ist das Einsetzen von Gel-Platten in die Kanaleinstiege. Diese Variante wird bei akutem Bedarf z. B. vor Straßencafés angewandt und ist zeitlich begrenzt, da dies nicht die Ursache bekämpft, sondern ähnlich wie ein Deodorant neutralisierend auf den Geruch wirkt.

Insgesamt wurden in diesem Jahr an 90 Kanalabschnitten Geruchsbekämpfungen vorgenommen.

Neubau einer Regenwasserbehandlungsanlage in Berlin-Blankenburg. Im Zeitraum von ca. 15 Monaten errichten die Berliner Wasserbetriebe seit Dezember 2005 im Pankower Ortsteil Blankenburg die vierte Retentionsbodenfilteranlage innerhalb Berlins.

Das Regenwasser aus den Einzugsgebieten Blankenburger Pflasterweg und Karower Damm fließt zurzeit ungedrosselt und ungereinigt in den Fließgraben. Das Einzugsgebiet Karower Damm soll zudem für die Wohnbebauung und gewerbliche Nutzung großflächig neu erschlossen werden.

Zum Schutz der Oberflächengewässer wird am Standort der Regenwassereinleitung der beiden Einzugsgebiete ein Retentionsbodenfilter zur Behandlung des auf Straßen verschmutzten Regenwassers gebaut. Das Wasser wird mechanisch und anschließend durch Passage einer mit Schilf bepflanzten mineralischen Substratschicht gereinigt. Es läuft somit sauber in den angrenzenden Fließgraben ab, der über die Panke der Spree zufließt.

Die Anlage wird durch den Bau eines Regenrückhaltebeckens auf demselben Grundstück komplettiert. Die Gesamtkosten betragen 3,4 Mio. € und werden zu 90 % mit Fördergeldern der EU und zu 10 % vom Land Berlin finanziert.

Filter für die Halensee-Sanierung. Der Halensee in Wilmersdorf ist aufgrund der ihm mit der Regenkanalisation aus dem städtischen Einzugsgebiet und von der Stadtautobahn zufließenden Schadstoffe vor Jahren als Badegewässer gesperrt worden. Zur Sanierung des Gewässers wird daher an seinem Ufer ein Retentionsbodenfilter errichtet und die vorhandene Grobfilteranlage wird zu einem vorgeschalteten Regenklärbecken umgebaut. Die Anlage wurde räumlich so eingeordnet, dass der Charakter der Landschaft des Friedenthal-Parkes so weit wie möglich erhalten bleibt.

Die Gesamtkosten des im Herbst 2005 begonnenen, etwa anderthalb Jahre andauernden Vorhabens betragen 6,5 Mio. € und werden zu 61 % von der Bundesautobahn und zu 39 % vom Land Berlin getragen.

INFORMATIONSTECHNOLOGIE

Informationstechnologie unterstützt Prozesse intelligent. Fast alle Prozesse des Unternehmens werden direkt oder indirekt durch IT-Systeme unterstützt. Für die immer komplexere IT-Landschaft wird eine abgestimmte IT-Strategie entwickelt. Diese legt den Grundstein für die Weiterentwicklung der IT vor dem Hintergrund von Informationsintegration, Wirtschaftlichkeit und einfacher Bedienbarkeit.

Prozesse effizient unterstützen:

AQUA.net. Für die Berliner Wasserbetriebe ist es wichtig, Beschwerden von Kunden schnell und kompetent zu bearbeiten und sich auch so als kundenorientiertes Unternehmen zu präsentieren. Dazu müssen die Beschwerden schnell den richtigen Mitarbeiter erreichen. In Zusammenarbeit mit dem Kundenmanagement wurde durch den Bereich IT die erste Ausbaustufe einer Softwarelösung realisiert, die den Mitarbeitern des Callcenters ein effektives Beschwerdemanagement ermöglicht. In zwei weiteren Ausbaustufen wird die Software so erweitert, dass auch Mitarbeiter vor Ort jede Art von Beschwerden oder Hinweisen entgegennehmen und einer systematischen softwaregestützten Verarbeitung zuführen können.

Telearbeit. Nach Abschluss des Pilotprojektes wurde der Produktivbetrieb der Anwendung »Telearbeit« aufgenommen. Telearbeitsplätze sind eine gute Möglichkeit, die betriebliche Flexibilität an ausgewählten Arbeitsplätzen zu erhöhen und zugleich den Beschäftigten zu ermöglichen, Privates und Beruf besser zu vereinbaren.

Mobiles Anlagenmanagement. Um die Durchführung der regelmäßigen Inventur von mehr als 63.000 Wirtschaftsgütern an über 300 Standorten zu optimieren, wurde das Projekt »Mobiles Anlagenmanagement« initiiert. Standorte und Anlagengüter werden mit modernen RFID-Labels (Radio-Frequenz-Identifikation) ausgestattet. Die bisher sehr aufwändige Arbeit wird in Zukunft mit mobilen Datenerfassungsgeräten (MDE) ohne Papier Einsatz durchgeführt.

Unterstützung Betrieb und Instandhaltung (UBI). Durch den Einsatz mobiler Geräte und die Entwicklung einer Spezialsoftware für die Kanalbetriebsstellen konnte ein weiterer Geschäftsprozess optimiert werden. Sämtliche Arbeitsaufträge von der regulären Kanalreinigung über die Störungsbeseitigung bis zur Stundenabrechnung werden jetzt in mobilen Geräten erfasst und durch die UBI-Software (Unterstützung Betrieb und Instandhaltung) ausgewertet.

Der Kunde steht im Mittelpunkt:

Im Rahmen des Organisationsprojekts »Kundenorientierung« wurde auch die Einführung eines IT-Systems zur Verbesserung der Informations- und Auskunftsfähigkeit unserer Mitarbeiter initiiert. Es wird speziell die Kundenberatung und Kundenauskunft durch einen systemübergreifenden Blick auf Kundenkontakte jeder Art unterstützen. Eine Wissensplattform wird als Medium zur schnellen Recherche für die üblichen Kundenanfragen und Beratungsthemen dienen. Im Fokus steht die zügige und kompetente Abarbeitung aller Kundenkontakte.

PERSONAL & SOZIALES

Flexible Lösungen finden unverändert hohen Zuspruch. Ende Dezember 2006 arbeiteten 4.986 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Unternehmen (Vorjahr: 5.096). Der Personalstand sank damit um 2,1% bzw. um 110 Beschäftigte. Zehn Zugängen standen 120 Austritte gegenüber. Vier frühere Mitarbeiter, die vor einigen Jahren zu Konzerngesellschaften gewechselt waren, kehrten zurück.

Die Berliner Wasserbetriebe mussten auch im Berichtsjahr die divergierenden Ziele meistern, einerseits die Arbeitsleistung ihrer Beschäftigten an den sinkenden Bedarf infolge der komplexen Prozessautomatisierung anzupassen und andererseits das Know-how ihrer Mitarbeiter zu bewahren. Sie bieten deshalb seit 2003 die Personalinstrumente Teilzeitarbeit und Sonderurlaub an und gewähren für die Inanspruchnahme finanzielle Anreize. Die Teilzeitquote stieg dadurch von 19,0% zum 31. Dezember 2005 auf 20,9% zum 31. Dezember 2006.

Das Arbeitszeitmodell »Vollzeit light plus« wird von den Beschäftigten weiterhin gut angenommen. Das Modell sieht eine Verminderung des Arbeitsentgeltes um bis zu 10 % vor. Als Gegenleistung erhalten die Beschäftigten bis zu 28 zusätzliche freie Tage. Am 31. Dezember 2006 arbeiteten 711 Beschäftigte (Vorjahr: 717) auf freiwilliger Basis in diesem Arbeitszeitmodell.

Die 2003 eingeführten Angebote zum vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand erfreuten sich auch 2006 eines wachsenden Zuspruchs, wie die Personalentwicklung in Personenjahren (PJ) zeigt. Am 31. Dezember 2006 lag diese Kennzahl bei 4.432 PJ und damit 2,8 % unter dem Vorjahreswert von 4.561 PJ. Der Personalaufwand verringerte sich – in erster Linie wegen des geringeren Personalbestands und der im Oktober 2006 beschlossenen Änderungen zur Erhebung eines Sanierungsgeldes in der betrieblichen Altersversorgung – um 2,59 % von 266,2 Mio. € im Vorjahr auf 259,3 Mio. €. Der Personalaufwand verteilt sich zu 97,5 % (Vorjahr: 97,4 %) auf die Arbeitsentgelte der Tarifbeschäftigten, zu unverändert 1,3 % auf die Ausbildungsvergütungen und zu 1,2 % (Vorjahr: 1,3 %) auf Aufwendungen für die allgemeine Alterssicherung.

Mehr Auszubildende und steigende Weiterbildungszeit. Auch 2006 haben die Berliner Wasserbetriebe einen wesentlichen Beitrag zum Lehrstellenangebot in Berlin geleistet. Im Herbst 2006 begann die Ausbildung für 118 junge Frauen und Männer. Damit erhalten insgesamt 399 Jugendliche (Vorjahr: 390) eine Ausbildung in insgesamt 18 Berufen und 5 Studiengängen an der Berufsakademie Berlin. Die Ausbildungsquote stieg im Vorjahresvergleich nochmals an und beträgt – bezogen auf die Personenjahre – 9,0 % (Vorjahr: 8,6 %). Somit vermitteln die Berliner Wasserbetriebe eine qualitativ hochwertige Ausbildung in zukunftsfähigen Berufsbildern, bei denen auch außerhalb der Berlinwasser Gruppe die Aussicht auf einen Arbeitsplatz besteht. Erstmals zum September 2006 sind die Ausbildungsverträge nicht mehr mit den Berliner Wasserbetrieben, sondern mit der perdie.net GmbH abgeschlossen worden. Das erlaubt in stärkerem Maße als bisher Ausbildung für Dritte (Bundeswehr, Brandenburger Wasser- und Abwasserunternehmen) anzubieten, ohne dass der Personalaufwand der Berliner Wasserbetriebe dadurch belastet wird. Garant für die Qualität der Ausbildung bleiben aber selbstverständlich die Berliner Wasserbetriebe als Ausbildungsbetrieb.

Um fit für den umfangreichen Personalumbau zu werden, haben sich im Jahr 2006 noch mehr Mitarbeiter als im Vorjahr qualifiziert. 5.750 Teilnehmer absolvierten Weiterbildungsveranstaltungen (Vorjahr: 4.725). Insgesamt wurden 10.245 Arbeitstage und rund 2,0 Mio. € (Vorjahr: 11.953 Tage und 1,5 Mio. €) in die Zukunft investiert.

Vorruhestand mit 55 Jahren. Um weiter einen sozialverträglichen Personalabbau zu ermöglichen, ist es seit Januar 2004 unter bestimmten Voraussetzungen möglich, bereits mit 55 Jahren in den so genannten Vorruhestand zu gehen.

Bei Annahme des Antrags auf Leistungen nach der »55er«-Regelung wird das bisherige Arbeitsverhältnis des Beschäftigten vom beantragten Zeitpunkt an mit einem speziellen Arbeitsvertrag bei einer Verringerung der Bruttobezüge um 10 % bis zur Vollendung des 58. Lebensjahres fortgeführt. Mit diesem speziellen Arbeitsvertrag ist die verbindliche Auflösung des Arbeitsverhältnisses aus nicht verhaltensbedingten Gründen zum Ablauf des 58. Lebensjahres verbunden. Der Arbeitgeber entrichtet während dieser Zeit zusätzliche Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung.

Ein Beschäftigter im Vorruhestand erklärt sich dazu bereit, sich binnen 60 Tagen auf Abruf zur Arbeit bereitzuhalten. Eine gesonderte Bezahlung der Arbeitsleistung ist ausgeschlossen. Nach der Dienstvereinbarung konnte dieses Personalinstrument bis Ende 2006 neu begonnen werden. Insgesamt nutzten 104 Beschäftigte (Vorjahr: 84) die Möglichkeit dieser Vorruhestandsregelung. Davon sind bereits 54 bis zum 31. Dezember 2006 ausgeschieden, so dass am 31. Dezember 2006 noch 49 Mitarbeiter in diesem Modell tätig waren.

Arbeitsunfälle. Bedauerlich ist die Zunahme der meldepflichtigen Arbeitsunfälle im Jahr 2006. Bis Ende Dezember ereigneten sich 228 meldepflichtige Arbeitsunfälle und damit 9,6 % mehr als im Jahr 2005 (208). Die Zahl der mit diesen Unfällen verbundenen Ausfalltage beträgt insgesamt 3.844 und damit 26,4 % mehr als im Jahr 2005 (3.042). Zurückzuführen ist dieser Anstieg unter anderem auf die überproportionale Steigerung der witterungsbedingten Wegeunfälle im Januar 2006 um das Fünffache beziehungsweise hinsichtlich der Ausfalltage sogar um das Siebeneinhalbfache (483 Tage zu 65 Tagen) gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahrs.

Dass aber auch die Zahl von 2.469 Ausfalltagen infolge von Betriebsunfällen im Jahr 2006 um 326 über dem Ganzjahresergebnis 2005 (2.143) liegt, zeigt die Notwendigkeit, die Anstrengungen bei der Umsetzung des Arbeitsschutzes sowie des berufsgenossenschaftlichen Regelwerkes im Betrieb unvermindert fortzusetzen.

Der Tätigkeitsschwerpunkt der Mitarbeiter der Arbeitssicherheit lag wie im Vorjahr in einem umfangreichen Schulungs- und Unterweisungsprogramm zum betrieblichen Brandschutz, im Umgang mit Krananlagen sowie für Bauleiter im Umgang mit Fremdfirmen gemäß Baustellenverordnung. Dadurch konnte ein wesentlicher Beitrag zur praktischen Umsetzung des Projekts »Gerichtsfeste Organisation« im Hinblick auf die transparente Delegation von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung geleistet werden.

Forschung und Entwicklung

ANGEWANDTE FORSCHUNG

Forschung und Entwicklung haben bei den Berliner Wasserbetrieben eine lange Tradition. Heutige technische Standards, wie die Sicherung einer autarken Trinkwasserversorgung ohne Chlor in hygienisch einwandfreier Qualität, das grabenlose Verlegen neuer und Entfernen von alten Rohrleitungen sowie die biologische Phosphatelimination in Kläranlagen, entstanden durch zielgerichtete praxisnahe Forschung und Entwicklung. Entsprechend der Unternehmensstrategie werden auch zukünftig innovative Technologien und Konzepte entwickelt, um die Effektivität zu erhöhen und ökologische Anforderungen zu erfüllen. Forschungs- und Entwicklungsprojekte werden dezentral in den Organisationseinheiten wie auch gemeinsam mit einer Stabsabteilung, die eine koordinierende Funktion hat, durchgeführt. Weiterhin werden auch viele Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Verbund mit der Kompetenzzentrum Wasser Berlin gGmbH verfolgt. Die Kompetenzzentrum Wasser Berlin gGmbH ist ein internationales Zentrum für Wasserforschung und Wissenschaftstransfer. Als Non-Profit-Organisation vernetzt die Kompetenzzentrum Wasser Berlin gGmbH die Aktivitäten der Berliner Universitäten und Forschungseinrichtungen mit der Berlinwasser Gruppe und Veolia (ehemals Vivendi Water).

NASRI BRINGT LICHT IN DEN BODEN

In dem interdisziplinären Forschungsprogramm NASRI (Natural and Artificial Systems for Recharge and Infiltration) der Kompetenzzentrum Wasser Berlin gGmbH untersuchten 2002 bis 2006 Experten das Verhalten von pathogenen Bakterien und Viren sowie organischen Spurenstoffen und Algengiften bei der Uferfiltration und der künstlichen Grundwasseranreicherung. Das in den Boden infiltrierte Oberflächenwasser wird auf dem Weg zu den Brunnen in seiner Beschaffenheit deutlich verbessert. Die hierfür maßgeblichen Prozesse wie biologischer Abbau unter aeroben oder anoxischen Bedingungen sowie Filtration und Adsorption konnten identifiziert werden und das Prozessverständnis konnte insgesamt erweitert werden. Mit den Ergebnissen von NASRI kann die Rohwasser- und damit auch die Trinkwasserqualität entsprechend dem Vorsorgeprinzip nachhaltig gesichert werden. Die Resultate sind für die Berliner Wasserbetriebe von außerordentlicher Bedeutung, da in Berlin über zwei Drittel des für die Trinkwasserversorgung geförderten Grundwassers durch Uferfiltrat und künstlich angereichertes Grundwasser gewonnen werden. Dieses bislang umfangreichste Forschungsprojekt der Kompetenzzentrum Wasser Berlin gGmbH sowie der Berliner Wasserbetriebe wurde mit 3 Mio. € von Veolia Wasser und den Berliner Wasserbetrieben finanziert.

ENERGIE UND PHOSPHOR AUS DEM SCHLAMM

Im September 2005 wurde im Klärwerk Waßmannsdorf eine Pilotanlage in Betrieb genommen, in der im Rahmen eines Forschungsprojektes der Berliner Wasserbetriebe ein innovatives Verfahren zur Schlammbehandlung untersucht wird. Ziel dabei ist es, durch Erhöhung der Faulraumbelastung die organische Trockensubstanz im Schlamm vollständiger und schneller abzubauen und damit die Produktion von Faulgas zur energetischen Nutzung zu steigern. Die intensive Faulung wird durch eine zweistufige Reaktorkaskade der Faulbehälter erreicht. Zusätzlich soll der Faulschlamm der ersten Faulstufe durch eine rotierende Membran eines Rotationsscheibenfilters filtriert und damit weiter entwässert und in den Prozess zurückgeführt werden. Eine weitere Innovation besteht darin, den Wertstoff Phosphor als qualitativ hochwertiges Magnesium-Ammonium-Phosphat (MAP) aus dem Filtrat des Rotationsscheibenfilters abzuscheiden. MAP ist ein

wertvoller Rohstoff zur Düngemittelherstellung. Zudem ist Phosphor eine nicht erneuerbare natürliche Ressource, die in einem überschaubaren Zeitraum knapp und teuer werden könnte.

Das Verfahren konnte 2006 mit kontinuierlicher und diskontinuierlicher Rohschlammbeschickung ohne zusätzliche Schlamm-eindickung durch einen Rotationsscheibenfilter erfolgreich getestet werden. Entsprechend der Zielstellung wurden die maximale Raumbelastung der zweistufigen intensiven Faulung, die sich dabei einstellende Elimination der organischen Trockenstoffmasse und die Gaserzeugung ermittelt.

NACHBEHANDLUNG VON GEREINIGTEM ABWASSER MIT OXIDATIONSVERFAHREN

Um die Belastung bei der Einleitung von weiter gehend gereinigtem Abwasser in Oberflächengewässer zu vermindern, wurde das Forschungsprojekt PILOTOX (Pilotuntersuchungen zur kombinierten oxidativ-biologischen Behandlung von Klärwerksabläufen für die Entfernung organischer Spuren- und Wirkstoffe und zur Desinfektion) durchgeführt.

Hierzu wurden von der Technischen Universität Berlin in Kooperation mit den Berliner Wasserbetrieben im Auftrag der Kompetenzzentrum Wasser Berlin gGmbH im Klärwerk Ruhleben Versuche mit einer Pilotanlage der Firma Wedeco zur Ozonung des Klarwassers durchgeführt.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Ozonung ein geeignetes Verfahren ist, den wesentlichen Anteil der im Klarwasser von Ruhleben nachgewiesenen Medikamentenrückstände oxidativ zu entfernen bzw. zu transformieren und eine gleichzeitige Desinfektion des Wassers zu erreichen. Für einige Parameter stellt sich eine Wiederverkeimung ein, die allerdings bei Mischung des ozonierten Klarlaufes mit Spreewasser relativiert wird, da nach der Durchmischung kein Überschreiten der Grenzwerte der EU-Badegewässerrichtlinie mehr zu beobachten war.

Eine Begutachtung anhand verschiedener Tests zur akuten und chronischen Toxizität, zur Gentoxizität und zur endokrinen Wirkung des Wassers ergab, dass sich kein ökotoxikologisches Gefährdungspotenzial in den oxidativ behandelten Wasserproben im Vergleich zum unbehandelten Klarwasser feststellen lässt.

Eine Kalkulation der spezifischen Aufbereitungskosten für einen großtechnischen Einsatz der Ozonbehandlung ergibt eine Kosten-spanne von 1,0 Cent/m³ bis 2,2 Cent/m³.

NEUE TOILETTEN: STOFFTRENnung UND RECYCLING

Das Ziel dieses Demonstrationsvorhabens im Klärwerk Stahnsdorf ist die Entwicklung nachhaltiger Sanitärkonzepte mit Wasser- und Nährstoffrecycling für die Anwendung in entfernt liegenden Siedlungen, in schnell zusammenwachsenden Stadtgebieten und in Ländern mit knappen Wasserressourcen.

Es werden zwei unterschiedliche Konzepte erprobt: Schwerkrafttrenntoiletten und Kompostierung der Fäkalien sowie Vakuumtrenntoiletten und Faulung der Fäkalien. Mit dem Urin wurden Düngeversuche durchgeführt. Das Grauwasser wird in einer Pflanzenkläranlage gereinigt. Parallel dazu wurde auch die Reinigung mit einer Membranbelebungsanlage demonstriert.

Die Biogasanlage für die Faulung der Fäkalien von den Vakuumtrenntoiletten ist seit Juli 2006 in Betrieb. Für eine ökologische Beurteilung dieser Sanitärkonzepte wurde eine Ökobilanz aufgestellt.

Erste Ergebnisse zeigen, dass die Trenntoiletten für eine große Verbreitung verbessert werden müssen. Es treten Verstopfungen auf und der Trenneffekt ist noch nicht hinreichend. Die Ergebnisse der Pflanzenkläranlage entsprechen den Erwartungen. Urin hat eine Düngewirkung wie Mineraldünger. Mit der Ökobilanz konnte gezeigt werden, dass der Betrieb der neuen Sanitärkonzepte für neu zu errichtende Anlagen in den umrissenen Zielgebieten gegenüber der Errichtung konventioneller Sanitärsysteme vorteilhafter ist. Die endgültigen Ergebnisse werden für März 2007 erwartet.

Dieses Demonstrationsprojekt wird von der Kompetenzzentrum Wasser Berlin gGmbH in Zusammenarbeit mit den Berliner Wasserbetrieben und Anjou Recherche (Veolia Wasser) durchgeführt und von der EU als LIFE-Projekt gefördert.

KONZEPT FÜR EIN INTEGRIERTES ABWASSER-MANAGEMENT

Durch das Projekt »Integriertes Abwassermanagement« (ISM) wurde ab 2000 zwischen Veolia und den Berliner Wasserbetrieben und ab 2003 innerhalb der Kompetenzzentrum Wasser Berlin gGmbH ein Modell zur integrierten Steuerung für das Berliner Abwassersystem entwickelt.

Durch Anwendung dieses numerischen Modells für das Berliner Kanalisationsnetz konnten bei den Berliner Wasserbetrieben emissionsorientierte Untersuchungen zum Steuerungspotenzial der Abwasserpumpwerke im Einzugsgebiet des Klärwerks Schönnerlinde durchgeführt werden. Ziel dieser Untersuchungen war es, die Planung des Neubaus eines Abwasserpumpwerkes im Radialsystem hinsichtlich seines Steuerungspotenzials zu bewerten, wobei ermittelt wurde, dass zusätzliche Förderkapazitäten nicht erforderlich sind.

Weiterhin wurde eine Studie zur Erweiterung des Kriterienkatalogs für die Bewertung von Maßnahmen der Mischwasserbehandlung konzipiert und 2006 beauftragt. Die Bewertung soll zukünftig den ökologischen Gewässerzustand berücksichtigen und auf Grundlage immissionsorientierter, ortsspezifischer Kriterien erfolgen. Für die Herleitung der Kriterien werden die gewässerspezifischen Anforderungen unter Berücksichtigung einer praxisorientierten Anwendung der in Berlin verwendeten Gewässergütemodelle und des ISM-Modells herangezogen.

VERBUNDSTEUERUNG VON ABWASSERPUMPWERKEN

Die im Rahmen des Forschungs- und Entwicklungsprojektes ISM entwickelte Verbundsteuerung von Abwasserpumpwerken wird als Entscheidungshilfesystem schrittweise auf der Pumpwerksebene umgesetzt. Grundlagenermittlung, Planung und Layoutgestaltung wurden 2006 weitestgehend abgeschlossen.

Das interdisziplinäre Projektkonsortium (Kompetenzzentrum Wasser Berlin gGmbH, Berliner Wasserbetriebe, Konrad-Zuse-Zentrum für Informationstechnik Berlin, Freie Universität Berlin – Fachbereich Meteorologie) untersucht weiter gehende Maßnahmen einer systemübergreifenden Steuerung der abwassertechnischen Anlagen. Das Arbeitsprogramm umfasste die The-

menbereiche Radar-Niederschlagsmessung und -prognose sowie die mathematische Optimierung des Abwasserstrommanagements.

Das Projekt wird von Veolia Wasser und den Berliner Wasserbetrieben finanziert.

VERMEIDEN BESSER ALS KLÄREN

Jodorganische Röntgenkontrastmittel werden von Patienten in voller Menge und chemisch unverändert innerhalb von 24 Stunden über den Urin ausgeschieden, wobei sich das Jodaufkommen zu jeweils 50% auf Krankenhäuser und niedergelassene Arztpraxen in Berlin verteilt. Diese schwer abbaubaren Stoffe gelangen über die Kläranlagen in die Gewässer. Entsprechend dem Vorsorgeprinzip als wichtigem Grundsatz der Umweltpolitik, dem Minimierungsgebot der Trinkwasserversorgung in Deutschland und aus Gründen der Umwelthygiene wurde mit dem Forschungs- und Entwicklungsprojekt das Ziel verfolgt, die Röntgenkontrastmittel durch das dezentrale Erfassungskonzept mit mobilen Urinbehältern bereits am Ausgangspunkt im Krankenhaus aufzufangen, so dass ein Eintrag in den Wasserkreislauf ausgeschlossen wird. Um den mit Röntgenkontrastmittel belasteten Urin in Krankenhäusern separat zu sammeln und zu entsorgen, wurden daher im Forschungsprojekt der Kompetenzzentrum Wasser Berlin gGmbH mit den Berliner Wasserbetrieben drei Erfassungskonzepte entwickelt. Die Machbarkeitsstudie zeigte, dass eine getrennte Erfassung in Krankenhäusern durch dezentrale Sammlung des Urins mit mobilen Behältern am besten zu verwirklichen wäre und daher grundsätzlich durchführbar ist.

So wurde das dezentrale Erfassungskonzept mit mobilen Urinbehältern in zwei Berliner Krankenhäusern auf jeweils einer Schwerpunktstation in einer 20-wöchigen Testphase praktisch erprobt. In beiden Stationen der Krankenhäuser nahmen an der freiwilligen Sammlung jeweils rund 60% der betroffenen Patienten teil. Die Akzeptanz der getrennten Urinsammlung war bei den Beteiligten sehr hoch. Von dem gesammelten Urin wurde im wöchentlichen Rhythmus die Summe der Jod enthaltenden Verbindungen bestimmt. Die Gesamtkosten für eine Urinsammlung in Krankenhäusern, die sich aus den Personal-, Material- und Restabfallentsorgungskosten zusammensetzen, können mit ca. 10 €/Patient, 7 €/l Urin und rund 380 €/kg Jod abgeschätzt werden. Mit ca. 80% sind dabei die Personalkosten dominant.

Mit dem Projekt konnte gezeigt werden, dass die getrennte Sammlung von Patientenurin mit einem einfachen und dezentralen Erfassungskonzept mit mobilen Urinbehältern in Krankenhäusern hygienisch sicher durchführbar ist. Eine Übertragung dieses Erfassungskonzeptes auf Arzneimittelreststoffe, die mit dem Urin ausgeschieden werden, ist möglich.

PHOSPHORELIMINATION AUS DEN ZULÄUFEN ZU SEEN SORGT FÜR KLARHEIT

In Berlin wurden der Tegeler See und der Schlachtensee durch drastische Verminderung der externen Phosphorlast erfolgreich saniert. So nahm die Sichttiefe von wenigen Zentimetern auf mehrere Meter im Sommer zu. Diese Seen sind heute die saubersten Teile des Berliner Gewässersystems.

Ziel des in der Kompetenzzentrum Wasser Berlin gGmbH laufenden Untersuchungsvorhabens ist es, durch systematische Auswertung der während der Sanierung gewonnenen Daten ein besseres Prozessverständnis zu entwickeln, um daraus allgemeine Handlungsempfehlungen für das Gewässermanagement ableiten zu können.

Die bisherigen Untersuchungen zeigen, dass auch nach der Sanierung weiterhin 30 bis 40 % des Wasserzuflusses des Tegeler Sees aus der Havel stammen, diese Quelle jedoch nun 80 % der Phosphorfracht liefert. Diese Fracht reicht aus, die Phosphorkonzentration im Tegeler See deutlich höher zu halten als im Schlachtensee und somit die Sedimente mit Phosphor »aufzuladen«. Für manche Jahre erwiesen sich die Sedimente des Tegeler Sees als Phosphorsenken, für andere Jahre als Phosphorquellen. Insgesamt ist die Bedeutung der Phosphorrücklösung im Tegeler See sehr viel größer als im Schlachtensee, dessen insgesamt sehr gute Wasserqualität geringfügig durch externe winterliche Phosphoreinträge aus dem unmittelbaren Einzugsgebiet beeinträchtigt wird.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt zum 31. Dezember 2006 263,1 Mio. € (Vorjahr 234,9 Mio. €) und liegt damit um 28,2 Mio. € über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Zusammengefasste Gewinn- und Verlustrechnung

	2006 T€	%	2005 T€	%
Umsatzerlöse	1.123.952	89,4	1.104.272	89,5
Erhöhung des Bestandes an unfertigen und fertigen Leistungen sowie fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1.538	0,1	- 1.770	- 0,1
Andere aktivierte Eigenleistungen	56.987	4,5	54.863	4,4
Sonstige betriebliche Erträge	75.572	6,0	77.097	6,2
Gesamtleistung	1.258.049	100,0	1.234.462	100,0
Materialaufwand	- 303.345	- 24,1	- 288.758	- 23,4
Personalaufwand	- 259.261	- 20,6	- 266.222	- 21,6
Abschreibungen	- 238.170	- 18,9	- 229.609	- 18,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 97.703	- 7,8	- 103.496	- 8,4
Beteiligungsergebnis	21	0,0	- 600	0,0
Zinsergebnis	- 96.503	- 7,7	- 112.112	- 9,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	263.088	20,9	234.865	19,0
Außerordentliches Ergebnis	3.068	0,2	7.694	0,6
Steuern	- 41.702	- 3,3	- 33.519	- 2,7
Aufwendungen aus Teilgewinnabführung	- 134.716	- 10,7	- 127.372	- 10,3
Verlustübernahme stiller Gesellschafter	8.416	0,7	3.250	0,3
Jahresüberschuss	98.154	7,8	84.918	6,9

Die Umsatzerlöse sind insgesamt um 19,7 Mio. € auf 1.124,0 Mio. € gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung um 1,8%.

Förderung der Wasserwerke

	2006 Mio. m ³	%	2005 Mio. m ³	%
Tegel	47,4	22,6	42,3	20,5
Friedrichshagen	51,7	24,7	46,7	22,7
Beelitzhof	31,1	14,9	32,0	15,5
Spandau	25,8	12,3	24,9	12,1
Stolpe	21,5	10,3	23,0	11,2
Tiefwerder	14,6	7,0	17,6	8,5
Wuhlheide	5,3	2,5	8,5	4,1
Kaulsdorf	6,6	3,2	6,5	3,2
Kladow	5,3	2,5	4,6	2,2
	209,3	100,0	206,1	100,0

Verkauf aus Förderung

	2006 Mio. m ³	%	2005 Mio. m ³	%
Haushalte	142,7	70,8	136,8	68,8
Sonstige Kunden	27,7	13,8	32,3	16,2
Gewerbe und Industrie	27,5	13,6	26,5	13,3
Umland	3,6	1,8	3,3	1,7
	201,5	100,0	198,9	100,0
Eigenverbrauch und Verlust	7,8		7,2	
	209,3		206,1	

Abwasserreinigung der Werke und Regenwasser und sonstige Ableitung

	2006 Mio. m ³	%	2005 Mio. m ³	%
Ruhleben	74,7	33,4	81,5	36,0
Waßmannsdorf	69,6	31,1	70,7	31,2
Schönerlinde	39,4	17,6	35,6	15,7
Stahnsdorf	19,2	8,6	18,8	8,3
Münchehofe	14,4	6,4	13,3	5,9
Wansdorf (Berliner Abwasser)	6,4	2,9	6,7	2,9
	223,7	100,0	226,6	100,0
Regenwasser und sonstige Abwasserableitung	49,1		71,9	
	272,8		298,5	

Schmutzwasser/Entwässerungsleistungen

	2006		2005	
	Mio. m ³	%	Mio. m ³	%
Haushalte	135,7	65,0	131,1	62,8
Sonstige Kunden	23,9	11,4	29,0	13,9
Gewerbe und Industrie	26,1	12,5	25,7	12,3
Umland	23,1	11,1	22,9	11,0
	208,8	100,0	208,7	100,0
Regenwasser	63,4	99,1	88,1	97,9
Sonstiges Abwasser	0,2	0,3	1,2	1,3
Schlammwasser/OWA Tegel	0,4	0,6	0,7	0,8
	64,0	100,0	90,0	100,0
	272,8		298,7	

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Mio. € auf 75,6 Mio. €. Hier wirken sich insbesondere die Betriebsführungserträge Nauen, die gegenüber dem Vorjahr hier nicht mehr ausgewiesen werden, aus.

Der Materialaufwand erhöhte sich um 14,6 Mio. €. Der Anstieg ist insbesondere auf die Preiserhöhung bei den Energiekosten zurückzuführen (+5,6 Mio. €). Bei den Fremdleistungen sind insbesondere die Entsorgungskosten aufgrund der Entschädigungszahlung für die vorzeitige Kündigung des Klärschlamm Entsorgungsvertrages mit der SVZ GmbH i.L. gestiegen. Aufgrund des Anstiegs der verkauften Wassermengen ergaben sich gegenüber dem Vorjahr auch höhere Aufwendungen für Grundwasserentnahmeentgelt und Abwasserabgabe (+2,5 Mio. €).

Der Personalaufwand liegt bei 259,3 Mio. € und damit unter dem Niveau des Vorjahres. Insbesondere wirkt sich hier der Rückgang der Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr um 110 Mitarbeiter aus.

Die Abschreibungen liegen zum 31. Dezember 2006 mit 8,6 Mio. € über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Hier wirken sich insbesondere außerplanmäßige Abschreibungen auf das Betriebsvermögen sowie höhere Aktivierungen aus.

Das Finanzergebnis liegt mit –96,5 Mio. € unter dem des Vorjahres (–111,5 Mio. €). Zum einen wirkt sich hier der geringere Zinsaufwand aus langfristigen Darlehensaufnahmen aus. Die

bestehenden Darlehen, die aus heutiger Sicht zu hohen Zinssätzen aufgenommen worden waren, werden rätierlich getilgt bzw. deren Zinsbindungsfrist endet. Die Refinanzierungen erfolgen dann zu aktuellen, d.h. niedrigeren Zinssätzen. Zum anderen resultieren aus der Einigung mit der Zsigmondy Bela Rt., Hódmezővásárhely, Ungarn, mit der im August 2006 ein gerichtlicher Vergleich geschlossen wurde, wonach u.a. der Rechtsstreit beendet wurde und beide Seiten bestätigten, dass sie keinerlei Ansprüche mehr gegeneinander haben, positive Ergebniseffekte im Finanzergebnis von 4,5 Mio. €.

Das außerordentliche Ergebnis beinhaltet die Erträge im Zusammenhang mit der Veräußerung der Sekundärrohstoff-Verwertungszentrum Schwarze Pumpe GmbH i.L. (SVZ GmbH i.L.). Im Rahmen des Verkaufs der SVZ GmbH i.L. hat die Käuferin Bürgschaften der Berliner Wasserbetriebe für die SVZ GmbH i.L. in Höhe von ca. 27 Mio. € nicht mit übernommen. Um den aus einer Inanspruchnahme dieser Bürgschaften resultierenden möglichen Risiken Rechnung zu tragen, haben die Berliner Wasserbetriebe bereits in den Vorjahren Rückstellungen gebildet. Da bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2006 die noch bestehende Bürgschaft an die Berliner Wasserbetriebe zurückgegeben wurde, konnte hier eine Auflösung erfolgen.

Im Jahr 1999 erteilte die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH der ARGE VTL einen Auftrag über die Entsorgung von Teeren aus der Sanierung der Altlastenstandorte Zerre und Terpe. In einer Vergleichsvereinbarung im Rahmen der Ablösung der Vertragserfüllungsbürgschaften der Berliner Bank war festgelegt, dass eine Kostenerstattung zugunsten der Berliner Wasserbetriebe erfolgt, soweit die noch zu erbringenden Restleistungen günstiger als von den Partnern der Vergleichsvereinbarung avisiert erbracht werden können. Nach Ausführung der Restleistungen durch die Lobbe GmbH erfolgte im Februar/März 2006 die Erstattung von insgesamt 511 T€.

Die Teilgewinnabführung (134,7 Mio. €) an den stillen Gesellschafter sowie die Verlustübernahme durch den stillen Gesellschafter (8,4 Mio. €) wurde gemäß Vertrag über zwei stille Gesellschaften (STG-Vertrag II) berechnet.

Insgesamt ergibt sich zum 31. Dezember 2006 ein mit 98,2 Mio. € positives Jahresergebnis, das mit 40,1 Mio. € auf die Wasserversorgung und mit 58,0 Mio. € auf die Entwässerung entfällt.

Finanzlage

KAPITALFLUSSRECHNUNG

Die Kapitalflussrechnung wurde in Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 2 des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee aufgestellt und dient der Darstellung der Entwicklung der Liquidität und der Finanzkraft der Berliner Wasserbetriebe. Sie zeigt, wie sich die Zahlungsmittel des Unternehmens im Geschäftsjahr durch Mittelzu- und -abflüsse verändert haben. Dabei werden die Zahlungsströme nach den Cashflows für die Bereiche der laufenden Geschäftstätigkeit, der Investitions- und der Finanzierungstätigkeit gesondert dargestellt.

Das Anlagevermögen ist in seinem Gesamtbestand gegenüber den vergangenen Jahren um 323,0 Mio. € gesunken. 2006 haben die Berliner Wasserbetriebe 274,4 Mio. € (Vorjahr: 295,0 Mio. €) in das Anlagevermögen investiert. Dem stehen Abschreibungen für das Geschäftsjahr 2006 in Höhe von 238,2 Mio. € gegenüber. Der Rückgang des Anlagevermögens ist insbesondere auf die Anpassung der immateriellen Vermögensgegenstände (Dienstbarkeiten) zurückzuführen. Die Anpassung ist in Höhe von –366,2 Mio. € bilanziell berücksichtigt.

Der positive Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit wurde durch die Investitions- und Finanzierungstätigkeit verbraucht.

Der Rückgang des Cashflows aus der Investitionstätigkeit (–20,6 Mio. €) resultiert aus der rückläufigen Investitionstätigkeit der Berliner Wasserbetriebe und aus der Verringerung der Ausleihungen, da mit der Zsigmondy Bela Rt., Hódmezövásárhely, Ungarn, im August 2006 ein gerichtlicher Vergleich geschlossen wurde, wonach u.a. der Rechtsstreit beendet wurde und beide Seiten bestätigten, dass sie keinerlei Ansprüche mehr gegeneinander haben.

Die Entwicklung des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit (–4,7 Mio. €) gegenüber dem Vorjahr erklärt sich durch die an das Land Berlin vorgenommene Ergebnisabführung (16,8 Mio. €) und die Verlustübernahme stiller Gesellschafter (5,2 Mio. €) sowie die Ein- und Auszahlung aus der Aufnahme und Tilgung von Krediten (17,3 Mio. €).

	2006 T€	2005 T€
+/- Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	95.086	77.224
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	7.207	6.303
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sachanlagen	230.963	223.305
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Finanzanlagen	- 4.525	4.525
+/- Zunahme/Abnahme der Pensionsrückstellungen	- 94	- 15
+/- Zunahme/Abnahme der Steuerrückstellungen	- 12.627	18.217
+/- Zunahme/Abnahme der sonstigen Rückstellungen	11.061	- 10.842
+/- sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	- 1.064	30.911
+/- Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	3.002	5.294
+/- Zunahme/Abnahme der Vorräte	- 1.510	943
+/- Zunahme/Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	- 19.770	- 22.359
+/- Zunahme/Abnahme der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	474	- 52
+/- Zunahme/Abnahme der Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	- 244	278
+/- Zunahme/Abnahme der Forderungen gegen stille Gesellschafter	- 1.634	91
+/- Zunahme/Abnahme der Forderungen gegen den Gewährträger	- 32.093	- 28.107
+/- Zunahme/Abnahme der sonstigen Vermögensgegenstände	3.963	17.139
+/- Zunahme/Abnahme der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten	433	- 391
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	- 1.655	- 4.319
+/- Zunahme/Abnahme der erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen	24.773	38.067
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	- 4.401	2.904
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	- 1.101	32
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber stillen Gesellschaftern	1.417	- 5.237
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber dem Gewährträger	4.402	- 8.038
+/- Zunahme/Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten	6.122	5.636
+/- Zunahme/Abnahme der passiven Rechnungsabgrenzungsposten und Sonderposten	38.857	20.911
+/- Ein- und Auszahlungen für außerordentliche Posten	511	-
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	347.553	372.420
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	12.640	2.852
- Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	- 3.048	- 7.239
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 284.625	- 291.181
- Auszahlungen für Investitionen in Finanzanlagen	-	- 26
Cashflow aus Investitionstätigkeit	- 275.033	- 295.594
- Verlustübernahme stiller Gesellschafter	- 8.416	- 3.250
- Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	- 57.579	- 40.725
+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und der Begebung von Anleihen	301.240	396.000
- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten und Anteilen	- 307.314	- 419.347
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	- 72.069	- 67.322
Veränderung der liquiden Mittel	451	9.504
+ Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	13.215	3.711
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	13.666	13.215

GRUNDSÄTZE UND ZIELE DES FINANZMITTEL-MANAGEMENTS

Ziel des Finanzmanagements der Berliner Wasserbetriebe sind die Sicherung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit und eine unter Risiko- und Aufwands Gesichtspunkten optimale Finanzierung der Investitionen und des Betriebs der Anstalt.

Die Möglichkeit der kurz- und langfristigen Fremdmittelaufnahme der Berliner Wasserbetriebe sowie die Konditionierung dieser Mittel basieren im Wesentlichen auf der Mehrheitsbeteiligung des Landes Berlin an den Berliner Wasserbetrieben, der Gewährträgerhaftung des Landes Berlin für die Berliner Wasserbetriebe und der Art und der Struktur des Geschäftsmodells und daraus abgeleitet der guten Eigenbonität der Berliner Wasserbetriebe.

Die Fremdmittelaufnahme der Berliner Wasserbetriebe erfolgt weit überwiegend durch Aufnahme langfristiger, festverzinslicher Darlehen von Banken.

Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Berliner Wasserbetriebe wird zusätzlich durch Kreditlinien von Banken unterstützt.

ANGABEN ÜBER IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Gemäß § 9 Grundbuchbereinigungsgesetz (GBBerG) und § 1 Sachenrechtsdurchführungsverordnung (SachenRDV) sind Eigentümer von Grundstücken im ehemaligen Ver- und Entsorgungsbereich des VEBWAB Berlin zur Duldung von Ver- und Entsorgungsanlagen der Berliner Wasserbetriebe auf ihren Grundstücken verpflichtet, soweit die Anlagen am 3. Oktober 1990 genutzt und am 10. Januar 1995 durch die Berliner Wasserbetriebe betrieben wurden. Weiterhin werden beschränkte persönliche Dienstbarkeiten an den entsprechenden Grundstücken zugunsten der Berliner Wasserbetriebe begründet. Im Gegenzug sind die Berliner Wasserbetriebe verpflichtet, einen einmaligen Ausgleich für diese Rechte zu zahlen. Der Ausgleich bestimmt sich nach dem Betrag, der für ein solches Recht nach den Wertverhältnissen des Jahres 1995 üblich war. Die erste Hälfte dieses Betrages ist unverzüglich nach Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit zugunsten der Berliner Wasserbetriebe und nach Aufforderung durch den Grundstückseigentümer zu zahlen. Die zweite Hälfte wird am 1. Januar 2011 fällig.

Die gesamten finanziellen Belastungen für den Erwerb der beschränkt persönlichen Dienstbarkeiten gemäß § 9 GBBerG i. V. m. § 1 SachenRDV werden nach einer neuen Schätzung der Berliner Wasserbetriebe auf 860,9 Mio. € geschätzt und in gleicher Höhe bilanziell berücksichtigt.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 272,2 Mio. € vermindert, während die Bilanzstruktur nahezu unverändert blieb.

Das Anlagevermögen sank insgesamt von 6.575,9 Mio. € im Jahr 2005 auf 6.252,8 Mio. € im Jahr 2006. 2006 haben die Berliner Wasserbetriebe 274,4 Mio. € (Vorjahr: 295,0 Mio. €) in das Anlagevermögen investiert. Davon entfielen auf die Wasserversorgung 96,5 Mio. € (Vorjahr: 101,9 Mio. €) und die Entwässerung 177,9 Mio. € (Vorjahr: 193,1 Mio. €). Dem stehen Abschreibungen im Geschäftsjahr 2006 in Höhe von 238,2 Mio. € gegenüber. Der Rückgang des Anlagevermögens ist insbesondere auf die Anpassung der immateriellen Vermögensgegenstände (Dienstbarkeiten) zurückzuführen. Diese sind mit 860,9 Mio. € (Vorjahr: 1,2 Mrd. €) bilanziell berücksichtigt.

Die Finanzanlagen verminderten sich um 4,8 Mio. €. Davon entfallen 4,5 Mio. € auf die Tilgung der langfristigen Ausleihung an die Zsigmondy Bela Rt., Hódmezövásárhely, Ungarn.

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungsunternehmen und Gesellschaftern stiegen stichtagsbedingt und werden zum 31. Dezember 2006 mit 176,0 Mio. € ausgewiesen.

Die flüssigen Mittel liegen mit 13,7 Mio. € nahezu auf dem Niveau des Vorjahres (13,2 Mio. €).

Die Eigenkapitalquote, in der neben dem Eigenkapital auch 50 % der Sonderposten und 66,6 % der Baukostenzuschüsse berücksichtigt sind, konnte von 36,6 % im Jahr 2005 auf 38,8 % im Jahr 2006 gesteigert werden.

Das langfristige Fremdkapital verringerte sich im Wesentlichen durch die Anpassung der langfristigen Verpflichtungen für Entschädigungszahlungen nach dem Grundbuchbereinigungsgesetz und die Verlagerung von Rückstellungen aufgrund der verringerten Fristigkeit in den mittel- und kurzfristigen Bereich. Das kurz- und mittelfristige Fremdkapital erhöhte sich dementsprechend.

Wesentliche Bilanzpositionen der Berliner Wasserbetriebe

	31. 12. 2006 T€	%	31. 12. 2005 T€	%	Veränderung T€
Aktiva					
Immaterielle Vermögensgegenstände	908.822	12,6	1.271.242	16,9	- 362.420
Sachanlagen	5.334.254	73,7	5.290.108	70,5	44.146
Finanzanlagen	9.760	0,1	14.537	0,2	- 4.777
Anlagevermögen	6.252.836	86,4	6.575.887	87,6	- 323.051
Vorräte	15.977	0,2	14.467	0,2	1.510
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Gesellschaftern	175.994	2,4	142.497	1,9	33.497
Übrige Forderungen	774.989	10,7	759.183	10,1	15.806
Flüssige Mittel	13.666	0,2	13.215	0,2	451
Umlaufvermögen	980.626	13,6	929.362	12,4	51.264
Rechnungsabgrenzungsposten	1.102	0,0	1.534	0,0	- 432
	7.234.564	100,0	7.506.783	100,0	- 272.219
Passiva					
Eigenkapital	2.803.480	38,8	2.750.156	36,6	53.324
Fremdkapital					
Langfristig					
Sonderposten aus Zuschüssen und Baukostenzuschüsse	215.373	2,9	199.385	2,7	15.988
Rückstellungen	3.461	0,0	408.720	5,4	- 405.259
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	930.551	12,9	905.096	12,1	25.455
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Gesellschaftern	5.624	0,1	6.136	0,1	- 512
Sonstige Verbindlichkeiten einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten	150.076	2,1	256.225	3,4	- 106.149
	1.305.085	18,0	1.775.562	23,7	- 470.477
Mittel- und kurzfristig					
Sonderposten aus Zuschüssen und Baukostenzuschüsse	43.075	0,6	39.877	0,5	3.198
Rückstellungen	988.971	13,7	952.836	12,7	36.135
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.062.638	14,7	949.615	12,7	113.023
Erhaltene Anzahlungen	696.988	9,6	672.216	9,0	24.772
Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten	32.649	0,4	34.304	0,5	- 1.655
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Gesellschaftern	153.180	2,1	152.872	2,0	308
Übrige Verbindlichkeiten einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten	148.498	2,1	179.345	2,4	- 30.847
	3.125.999	43,2	2.981.065	39,7	144.934
	7.234.564	100,0	7.506.783	100,0	- 272.219

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 138,5 Mio. €. Die erhaltenen Anzahlungen erhöhten sich um 24,8 Mio. € auf 697,0 Mio. €.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungsunternehmen und Gesellschaftern verringerten sich geringfügig auf 158,8 Mio. €. Darin enthalten ist im Wesentlichen der Ausweis der Teilgewinnausschüttung an die privaten Gesellschafter in Höhe von 134,7 Mio. € (Vorjahr: 127,4 Mio. €).

Durch die Ablösung und Tilgung von Darlehen gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau (126,4 Mio. €) sowie Bundesdarlehen (12,4 Mio. €) verringerten sich die Finanzschulden innerhalb der sonstigen Verbindlichkeiten um 138,8 Mio. €.

Nachtragsbericht

Geschäftsvorfälle von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Risikobericht

Darstellung der Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

RISIKEN IM BLICK – RISIKOMANAGEMENT

Mit dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz in Unternehmen (KonTraG), insbesondere des § 91 Abs. II AktG, werden Unternehmen aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu treffen, wie insbesondere ein Überwachungssystem einzurichten, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden. Die Berliner Wasserbetriebe haben die in § 91 Abs. II AktG gestellten Anforderungen zum Risikomanagement umgesetzt und ein umfassendes Risikomanagement eingerichtet.

In Folge der Auswertung der letzten Risikoinventur sind keine bestandsgefährdenden Risiken für die Berliner Wasserbetriebe erkennbar. Es bestehen überwiegend Markt-, Betriebs- und Finanzrisiken, die als relevante bzw. wesentliche Risiken eingeschätzt wurden. Um diese Risiken zu kompensieren und zu reduzieren, wurden geeignete Maßnahmen durch die Unternehmensführung ergriffen.

Die gesetzlichen Regelungen des Aktiengesetzes und des Handelsgesetzbuches gelten – in Verbindung mit den Vorschriften des Haushaltsgrundsätzgesetzes sowie dem Berliner Betriebsgesetz – auch für die Berliner Wasserbetriebe in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts.

Grundlage für das Risikomanagement-System bildet das für die Berlinwasser Gruppe erstellte und im Juni 2006 überarbeitete Risikomanagement-Handbuch. Weitere Grundlagen des Risikomanagements der Berliner Wasserbetriebe bilden die Risikostrategie und die Beschreibung der Aufgaben und Verantwortungen im Lenkungsprozess Risikomanagement.

Im Zuge der Weiterentwicklung des Risikomanagements wurde basierend auf dem umgesetzten Konzept zur Verknüpfung der Balanced Scorecard und des Risikomanagements eine Softwarelösung erarbeitet. Die Entwicklung (Konfiguration) der spezifischen Softwarelösung »Strategie-Navigator – Value-Manager

Edition mit integriertem Risiko-Kompass« zur Verknüpfung der Balanced Scorecard und des Risikomanagements ist zum September 2006 abgeschlossen worden. Die Anwendung der Software wird konsequent vorangetrieben.

UMFELDRISIKEN

Am 15. Mai 1996 – zuletzt ergänzt am 25. Februar 2000 – haben die Berliner Wasserbetriebe bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wasserbehördliche Bewilligungen beantragt, aus den Brunnen der Wasserwerke Grundwasser für die öffentliche Trinkwasserversorgung des Landes Berlin zu gewinnen. Im Dezember 2001 wurde für das Wasserwerk Wuhlheide eine Bewilligung erteilt. Für alle anderen Wasserwerke wurde mit Schreiben der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vom 18. Januar 2001 die im Schreiben vom 4. Juni 1998 formulierte Frist zur Förderung von Grundwasser für die Trinkwasserversorgung in der bisherigen Form (Duldung ohne Bewilligung) bis auf weiteres, längstens jedoch bis zum Vorliegen einer bestandskräftigen Förderbewilligung, verlängert.

FINANZRISIKEN

Gemäß § 9 GBBerG wird eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit an den Grundstücken begründet, bei denen Eigentümer von Grundstücken zur Duldung von Energieanlagen auf ihren Grundstücken zugunsten des Versorgungsunternehmens, das die jeweiligen Anlagen betreibt, verpflichtet sind. Die Berliner Wasserbetriebe sind als Betreiber des Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsnetzes verpflichtet, Grundstückseigentümern, auf deren Grundstücken sich Teile dieser Netze befinden, nach Eintragungen der beschränkten persönlichen Dienstbarkeit einen Wertausgleich für die Minderung des Grundstückswertes zu zahlen. Aufgrund einer bislang groben Schätzung wurden diese Ausgleichszahlungen bisher mit 1,2 Mrd. € beziffert. In diesem Jahr erfolgte eine Überarbeitung dieser Schätzung. Die Höhe der Dienstbarkeiten wird derzeit mit 860,9 Mio. € beziffert. Hier-

von entfallen rechnerisch rd. 351 Mio. € für Regenentwässerungsleitungen auf das Land Berlin. Auf die Berliner Wasserbetriebe entfallen 510 Mio. €, die in gleicher Höhe bilanziell berücksichtigt sind.

Der Geschäftsbetrieb der SVZ GmbH i.L., die von den Berliner Wasserbetrieben im Juli 2002 an mit der Nord GB Gesellschaft für Beteiligungen mbH (Nord GB) verbundene Unternehmen veräußert worden war, wurde im Rahmen des seit Juli 2004 laufenden Insolvenzverfahrens mit Wirkung zum 1. September 2005 durch einen Unternehmenskaufvertrag auf die Sustec Schwarze Pumpe GmbH übertragen. Diese hat den Berliner Wasserbetrieben die Übernahme der aus den Bürgschaften resultierenden Risiken und die Herausgabe der Bürgschaften angeboten. Über die Konditionen einer entsprechenden Vereinbarung werden seit September 2005 Verhandlungen geführt. Am 3. August 2006 wurde die letzte Bürgschaft, hier eine Bürgschaft der Berliner Bank mit Kreditauftrag der Berliner Wasserbetriebe, zugunsten des Abfallwirtschaftsverbandes Chemnitz (AWVC) über rd. 2,6 Mio. € zur Absicherung der Errichtung einer Restabfallvorbehandlungsanlage und der TASI-gerechten Behandlung des vorbehandelten Abfalls (TASI=Technische Anleitung Siedlungsabfälle) an die Berliner Wasserbetriebe zurückgegeben.

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2005 wurde durch den Insolvenzverwalter der SVZ GmbH i.L. gegenüber den Berliner Wasserbetrieben ein Anspruch auf Zahlung von ca. 20 Mio. € geltend gemacht. Hintergrund des behaupteten Anspruchs ist eine durch den damaligen Alleingesellschafter Berliner Wasserbetriebe bei der SVZ GmbH i.L. im Jahr 1999 erfolgte Veränderung der Stammkapitaleinlage. Der Insolvenzverwalter der SVZ GmbH i.L. beantragte hierzu beim Landgericht Berlin Prozesskostenhilfe für eine Klage gegen die Berliner Wasserbetriebe auf Zahlung einer Stammkapitaleinlage in Höhe von ca. 20 Mio. €. Zur Begründung des Prozesskostenhilfeantrags musste der Insolvenzverwalter anhand der Sach- und Rechtslage darlegen und beweisen, dass die anschließende Klage mit großer Wahrscheinlichkeit Erfolg haben wird. Der Antrag auf Prozesskostenhilfe wurde vom Landgericht Berlin abgelehnt. Nach seiner Beschwerde gegen die Entscheidung wurde der Vorgang an das Kammergericht abgegeben.

RECHTSRISIKEN

Die Berliner Wasserbetriebe bewegen sich in einem regulierten Markt und sind daher mit besonderen Rechtsrisiken konfrontiert. Hervorzuheben sind die Prozesse über die Rechtmäßigkeit der Tarife der Wasserversorgung, der Abwasserentsorgung und die Kostenerstattung für die Entwässerung öffentlicher Straßen und Plätze.

Für die Tarifzeiträume ab 2000 wurden in den vergangenen Jahren wiederholt Aktiv- und Passivprozesse wegen Zweifel an der Billigkeit der Wasser- und Abwassertarife der Berliner Wasserbetriebe sowohl beim Landgericht Berlin als auch beim Kammergericht geführt. In allen Verfahren, die bisher rechtskräftig abgeschlossen worden sind, wurde den Berliner Wasserbetrieben bestätigt, dass die Tarife nach billigem Ermessen i. S. von § 315 BGB festgelegt worden und somit wirksam sind.

Die Berliner Wasserbetriebe haben im April 2001 beim Verwaltungsgericht Berlin wegen rückständiger Forderungen für die Entwässerung der öffentlichen Straßen und Plätze in Höhe von 65,4 Mio. € Klage gegen das Land Berlin eingereicht. Diese Forderungen ergeben sich aus den Jahren 1995 bis 1999. Die Klage wurde vom Verwaltungsgericht Berlin zunächst als unzulässig abgewiesen. Das Oberverwaltungsgericht Berlin hat jedoch aufgrund der Berufung der Berliner Wasserbetriebe rechtskräftig entschieden, dass die Klage gegen das Land Berlin zulässig ist. Der Rechtsstreit wurde unter Aufhebung des Urteils des Verwaltungsgerichtes Berlin zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Verwaltungsgericht zurückverwiesen. Vom Land Berlin wurden auch für die Jahre ab 2000 die Kosten der Berliner Wasserbetriebe für die Entwässerung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze nur teilweise ausgeglichen. Aus diesem Grunde wurde die rechtshängige Klage zunächst um den offenen Betrag von ca. 19,9 Mio. € für das Jahr 2000 erweitert. Da das Land Berlin den Abschluss einer Vereinbarung, wonach eine rechtskräftige Entscheidung für das Jahr 2000 auch für die folgenden Jahre maßgeblich sein sollte, abgelehnt hat, wurde entschieden, auch die offenen Forderungen aus den Jahren 2001 bis 2004 im Rahmen einer Klageerweiterung geltend zu machen. Die Klage wurde daher um weitere 85,8 Mio. € erweitert. Das Risiko ist durch angemessene Rückstellungen berücksichtigt.

Die Berliner Wasserbetriebe hatten die Beteiligung an der SVZ GmbH i. L. nach dem Erwerb der Beteiligung im Jahr 1995 von Beginn an als Betriebsvermögen in dem Betrieb gewerblicher Art Wasserversorgung (BgA Wasser) ausgewiesen. Im Rahmen der Betriebsprüfung 1999 bis 2001 wird nunmehr in Frage gestellt, ob dies zulässig war oder ob die Beteiligung an der SVZ GmbH i. L. als eigener BgA oder gegebenenfalls als nicht steuerrelevante Vermögensverwaltung zu behandeln ist. Sollte sich die Auffassung der Betriebsprüfer durchsetzen, könnten sämtliche seit 1999 entstandenen Verluste im Zusammenhang mit der Beteiligung an der SVZ GmbH i. L. (Teilwertabschreibungen auf die Beteiligung, Teilwertabschreibungen auf Darlehen, Zinsaufwendungen, Bürgschaften und sonstige Aufwendungen) dem steuerlichen Ergebnis des BgA Wasser wieder hinzuzurechnen sein. Auch wären die Zahlungen der Berliner Wasserbetriebe an die SVZ GmbH i. L., die in den Jahren ab 1999 erfolgten, gegebenenfalls als verdeckte Gewinnausschüttungen zu behandeln, die anteilig, soweit sie das Land Berlin betreffen, der Kapitalertragsteuer unterliegen. Die Kapitalertragsteuer wäre vom Land Berlin zu tragen und dort steuerlich nicht anrechenbar. Es ist nicht auszuschließen, dass die Finanzverwaltung die Berliner Wasserbetriebe hinsichtlich dieser Steuer in die Haftung nimmt. Zur Klärung des Sachverhalts haben die Berliner Wasserbetriebe externe Steuerberatungsgesellschaften sowie die Steuerfachleute der Senatsverwaltung für Finanzen eingebunden. Die Betriebsprüfer haben darauf hingewiesen, dass sie sich möglicherweise eine Kompromisslösung vorstellen könnten. Dessen ungeachtet gehen die Berliner Wasserbetriebe und ihre steuerlichen Berater davon aus, dass der Ausweis der Beteiligung im BgA Wasser steuerlich korrekt erfolgte.

Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Im Jahr 2006 wurden von den Berliner Wasserbetrieben keine derivativen Finanzinstrumente eingesetzt. Auf eine Risikoberichterstattung konnte deshalb verzichtet werden.

Finanzierungskonzept Neue Jüdenstraße

Im Dezember 1996 und im Dezember 1997 schlossen die Berliner Wasserbetriebe mit der Immobilienvermietungsgesellschaft Schumacher & Co. Objekt Rolandufer KG (Rolandufer KG) Verträge über die Finanzierung und die Errichtung von Verwaltungsgebäuden ab. Die Gebäude wurden in zwei Bauabschnitten errichtet. Seitdem befindet sich darin auf Basis des mit der Rolandufer KG geschlossenen Leasingvertrages u.a. die Hauptverwaltung der Berliner Wasserbetriebe. Die Berliner Wasserbetriebe haben das Recht, die Gebäude zum 31. Dezember 2018 zu einem vertraglich fixierten Kaufpreis zu erwerben. Die Rolandufer KG hat das Recht, die Gebäude zehn Jahre später zu einem vereinbarten Kaufpreis an die Berliner Wasserbetriebe zu verkaufen.

Finanzierungskonzept Klärwerk Waßmannsdorf

Im Dezember 1996 schlossen die Berliner Wasserbetriebe mit der TELO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kläranlage Waßmannsdorf KG (TELO) Verträge in Zusammenhang mit der Finanzierung von Teilen der zweiten und dritten Ausbaustufe des Klärwerks Waßmannsdorf, die wirtschaftlich einer Sale-and-lease-back-Transaktion entsprechen. Das Klärwerk befindet sich im Dauerbetrieb und ist auf eine Reinigungsleistung von täglich 230.000 m³ Abwassermenge bei Trockenwetter ausgelegt. Die TELO hat das Recht, die Kläranlage zum 31. Dezember 2013 zu einem vertraglich festgelegten Kaufpreis an die Berliner Wasserbetriebe zu verkaufen.

Prognosebericht

Für die Ergebnisvorausschau auf das kommende Geschäftsjahr 2007 wurden folgende operative und strategische Prämissen zugrunde gelegt:

Kostenoptimierung

In den letzten Jahren wurden mehrere Optimierungsprogramme erfolgreich umgesetzt und dadurch kurz- und mittelfristig Kosten gesenkt und darüber hinaus ein sozialverträglicher Personalum- und -abbau realisiert. Diese Anstrengungen werden weitergeführt. Nur so ist es möglich, dämpfend auf die künftige Tarifentwicklung zu wirken. Andernfalls können die aufgrund des weiterhin rückläufigen Absatzes und der stetigen Erweiterung und Erneuerung der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur wachsenden Fixkosten nicht aufgefangen werden.

Weitere Verbesserung der Kundenorientierung

Die Berliner Wasserbetriebe werden weitere Anstrengungen unternehmen, die Kundenorientierung zu verbessern. Das bedeutet, dass die Anforderungen der Berliner Kunden noch stärker als bisher im Mittelpunkt unseres Handelns stehen. In diesem Zusammenhang ist zum einen eine Durchführung einer Kundenbefragung und Ableitung von Optimierungsmaßnahmen geplant. Darüber hinaus werden verschiedene IT-gestützte Tools eingeführt. Hierbei sind insbesondere das Beschwerdemanagement, die Kundenkontakthistorie und eine Wissensplattform geplant. Unterstützend werden eine Seminarreihe zur Kundenorientierung und zur Verbesserung des kundenorientierten Verhaltens der Mitarbeiter sowie zielgruppenspezifische Kommunikationsmaßnahmen wirken.

Mengenrückgang setzt sich fort

Der Wasserverkauf in Berlin wird 2007 mit 195,5 Mio. m³ geplant. In den folgenden Jahren wird mit einem weiteren Rückgang gerechnet. Der Anteil des Schmutzwassers am Wasserverkauf beträgt 94,6% im Zeitablauf. Es ist ein »normaler« Rückgang des Wasserverkaufes unterstellt, welcher vor allem aus dem Rückgang der Pro-Kopf-Nutzung privater Haushalte und der Absatzmengen bei der Industrie resultiert. Für die Entwicklung im Umland gehen die Prognosen mit 3,2 Mio. m³ Wasser bzw. 22,4 Mio. m³ Schmutzwasser von Konstanz aus.

Leichte Tarifsteigerung im Jahr 2007

Der Mengenrückgang spiegelt den allgemeinen Trend eines bundesweit rückläufigen Wasserabsatzes wider. Mit der Einführung eines Grundpreises ab Mitte 2007 wollen die Berliner Wasserbetriebe diesem Trend entgegenwirken. Damit kann die Kostenstruktur des Unternehmens, die durch einen hohen Fixkostenanteil geprägt ist, verursachungsgerechter auf die Kunden abgebildet werden. Durch die Entlastung von Großabnehmern kann so einem weiteren Absatzrückgang teilweise entgegengewirkt werden.

Unter Berücksichtigung der Kostenstruktur und des unterstellten Wasserverkaufes ergibt sich eine Steigerung des Gesamtarif im Jahr 2007 in Höhe von 1,9%. In dieser Steigerung sind die Effekte der Mehrwertsteuererhöhung sowie die gestiegenen Energiekosten bereits berücksichtigt.

Leichter Umsatzanstieg geplant

Die Effekte aus dem rückläufigen Wasserverkauf und der geplanten Tarifsteigerung kompensieren sich zum Teil. Aus diesem Grund rechnen wir für 2007 mit einem nur geringfügig höheren Umsatz als im Vorjahr. Vom Gesamtumsatz entfallen rund 35% auf den Bereich der Wasserversorgung und rund 50% auf den Bereich der nicht öffentlichen Entwässerungsleistungen. Für die Folgejahre entwickeln sich die Umsatzerlöse analog den unterstellten Mengen- und Tarifansätzen.

Die übrigen Umsatzerlöse verteilen sich vor allem auf die Entwässerung der öffentlichen Straßen und Plätze sowie auf die Hausanschlüsse. Die Anzahl der zu bauenden Hausanschlüsse wird künftig geringer. Im Jahr 2007 sind weniger als 2.000 neue Trinkwasserhausanschlüsse geplant. Die Zahl der Schmutzwasserhausanschlüsse wird noch stärker sinken, da die Erschließung der Altsiedlungsgebiete weitgehend abgeschlossen ist.

Kontinuierliche Ergebnisverbesserung

Wir erwarten für das Jahr 2007 ein über dem Vorjahresniveau liegendes operatives Ergebnis vor Zinsen und Steuern. Für die Folgejahre soll das betriebliche Ergebnis weiterhin schrittweise gesteigert werden. Die 2003 bzw. 2004 aufgesetzten tief greifenden Programme zur Rationalisierung werden auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden. Im Zuge dieser Programme wird sich die Anzahl der durchschnittlichen Personenjahre weiter reduzieren. Für 2007 gehen wir von 4.348 Personenjahren aus.

Investitionen vorrangig in Netze

Das Investitionsvolumen aus eigenen Mitteln wird sich 2007 auf 253 Mio. € belaufen. Im Betriebsteil Wasserversorgung werden 90 Mio. € und im Betriebsteil Abwasserentsorgung 163 Mio. € investiert. Der größte Anteil der Investitionen fließt in die Netze. Dabei stehen die Erneuerung und Erweiterung der Kanäle und Druckrohre mit 105 Mio. € (z. B. für die flächendeckende Sanierung und zur Realisierung des Abwasserbeseitigungsplanes) sowie Rohrnetzerneuerungen und Auswechslungen von Hausanschlüssen aus Blei (rund 50% der Investitionen im Bereich Wasserversorgung im Jahr 2007, rund 60% im Jahr 2012) im Vordergrund.

Für die Erneuerung und Automatisierung von Wasser- und Trinkwasserpumpwerken sind 2007 Investitionen in Höhe von 27,5 Mio. € geplant. Der Anteil für die Klärwerke beträgt 29 Mio. €. In die Abwasserpumpwerke werden 19 Mio. € investiert.

Die im Zusammenhang mit dem weiter anhaltenden Rückgang des Wasserabsatzes und Abwasseranfalls angepasste Investitionsstrategie sieht eine verstärkt auf die Substanzerhaltung ausgerichtete Sanierung und Instandhaltung der Betriebsanlagen und Netze vor. Ein wesentliches strategisches Ziel stellt die flächenhafte Sanierung des Kanalnetzes dar. Damit wird gewährleistet, dass Kanäle der Schadensklassen 1 und 2 systematisch der erforderlichen Sanierung unterzogen bzw. ggf. auch erneuert werden. Weiterhin werden 2007 Projekte vorgezogen, die zu Einsparungen führen, der Qualitätssicherung bei der Einhaltung der Ablaufwerte dienen oder den Erfolgsplan von steigenden Energiekosten entlasten.

Bilanz der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, zum 31. Dezember 2006

Aktivseite

	31.12.2006 €	31.12.2006 €	31.12.2005 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	906.311.262,98		1.271.242
2. Geleistete Anzahlungen	2.511.155,67	908.822.418,65	-
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	500.115.812,31		518.811
2. Grundstücke mit Wohnbauten	19.153.048,05		21.943
3. Grundstücke ohne Bauten	15.923.682,27		16.095
4. Bauten auf fremden Grundstücken	3.328.729,38		3.200
5. Wassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen	128.350.711,14		131.185
6. Wasserverteilungsanlagen	796.498.944,06		775.939
7. Abwasserkanäle und -druckrohre	3.158.172.125,94		3.127.495
8. Abwasserförderungsanlagen	74.314.449,98		74.746
9. Abwasserreinigungsanlagen	248.400.226,03		262.389
10. Sonstige technische Anlagen und Maschinen	2.923.486,10		2.911
11. Betriebs- und Geschäftsausstattung	31.629.362,78		28.420
12. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	355.443.708,85	5.334.254.286,89	326.974
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	3.208.020,38		3.208
2. Mitgliedschaft in Zweckverbänden	3.304.402,23		3.304
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.477,63		2
4. Sonstige Ausleihungen	3.246.354,71	9.760.254,95	8.023
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.393.322,47		9.421
2. Unfertige Leistungen	6.583.504,18	15.976.826,65	5.046
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 282.016,57 € (Vj. T€ 281)	740.813.711,99		721.044
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€ 0)	371.990,34		846
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€ 0)	384.767,59		141
4. Forderungen gegen stille Gesellschafter davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€ 0)	1.706.925,31		73
5. Forderungen gegen den Gewährträger davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€ 0)	173.529.924,70		141.437
6. Sonstige Vermögensgegenstände davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 2.493.222,79 € (Vj. T€ 4.651)	34.175.674,09	950.982.994,02	38.139
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		13.666.068,87	13.215
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		1.101.459,82	1.534
		7.234.564.309,85	7.506.783

Passivseite

	31.12.2006 €	31.12.2006 €	31.12.2006 €	31.12.2005 T€
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital davon Anrechnung von Einlagen stiller Gesellschafter: 777.252.989,47€		1.790.000.000,00		1.790.000
II. Gewinnrücklage		45.693.353,00		33.437
III. Einlagen stiller Gesellschafter	1.559.440.237,65			1.559.440
Anrechnung auf das Stammkapital	- 777.252.989,47			- 777.253
Gewinnrücklage	40.620.543,00			28.412
Verlustvortrag stiller Gesellschafter	- 233.310.154,64	589.497.636,54		- 224.894
IV. Bilanzgewinn		73.689.267,59	2.498.880.257,13	57.578
B. Sonderposten aus Zuschüssen				
1. Sonderposten aus Investitionszulagen		480.721,00		758
2. Sonderposten aus sonstigen Zuschüssen		424.114.118,58	424.594.839,58	389.418
C. Baukostenzuschüsse			138.453.070,15	132.522
D. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen		4.786.463,26		4.880
2. Steuerrückstellungen		12.702.843,50		25.330
3. Sonstige Rückstellungen		974.942.399,78	992.431.706,54	1.331.347
E. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 267.879.656,86€ (Vj. T€186.378)		1.993.189.076,27		1.854.711
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 696.987.626,88€ (Vj. T€672.215)		696.987.626,88		672.215
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 32.648.590,87€ (Vj. T€34.304)		32.648.590,87		34.304
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 4.268.309,52€ (Vj. T€8.669)		4.268.309,52		8.669
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 60.239,36€ (Vj. T€1.161)		60.239,36		1.161
6. Verbindlichkeiten gegenüber den stillen Gesellschaftern davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 130.187.930,47€ (Vj. T€128.771)		130.187.930,47		128.771
7. Verbindlichkeiten gegenüber dem Gewährträger davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 16.618.265,82€ (Vj. T€12.226)		24.287.644,05		20.407
8. Sonstige Verbindlichkeiten davon: a) aus Steuern 15.635.301,55€ (Vj. T€9.390) b) im Rahmen der sozialen Sicherheit 324,57€ (Vj. T€6.455) c) mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 80.108.489,84€ (Vj. T€87.274)		271.621.453,05	3.153.250.870,47	407.124
F. Rechnungsabgrenzungsposten			26.953.565,98	28.446
			7.234.564.309,85	7.506.783

Bilanz der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, zum 31. Dezember 2006 Betriebsteil Wasserversorgung

Aktivseite

	31.12.2006 €	31.12.2006 €	31.12.2005 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	174.778.221,36		312.084
2. Geleistete Anzahlungen	2.511.155,67	177.289.377,03	-
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	243.246.099,95		255.389
2. Grundstücke mit Wohnbauten	7.696.727,36		9.089
3. Grundstücke ohne Bauten	15.540.085,58		15.811
4. Bauten auf fremden Grundstücken	653.771,54		680
5. Wassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen	128.350.711,14		131.185
6. Wasserverteilungsanlagen	796.498.944,06		775.939
7. Sonstige technische Anlagen und Maschinen	1.498.839,95		1.156
8. Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.734.090,26		13.666
9. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	107.758.219,07	1.316.977.488,91	98.921
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	3.208.020,38		3.208
2. Mitgliedschaft in Zweckverbänden	3.304.402,23		3.304
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.477,63		2
4. Sonstige Ausleihungen	-	6.513.900,24	4.525
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.722.160,51		4.601
2. Unfertige Leistungen	2.192.004,71	6.914.165,22	762
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 39.665,87 € (Vj. T€ 70)	313.389.637,67		295.971
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€ 0)	369.483,33		846
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€ 0)	65.471,20		11
4. Forderungen gegen stille Gesellschafter davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€ 0)	1.706.925,31		73
5. Forderungen gegen den Gewährträger davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€ 0)	30.521,97		34
6. Sonstige Vermögensgegenstände davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 2.493.222,79 € (Vj. T€ 4.651)	13.478.232,71		17.806
7. Forderungen aus gemeinsamer Finanzkontenverwaltung	396.381.120,39	725.421.392,58	367.692
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		13.666.068,87	13.215
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		374.362,83	701
		2.247.156.755,68	2.326.671

Passivseite

	31.12.2006 €	31.12.2006 €	31.12.2006 €	31.12.2005 T€
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital davon Anrechnung von Einlagen stiller Gesellschafter: 156.368.442,83 €		537.000.000,00		537.000
II. Gewinnrücklage		15.013.078,00		10.926
III. Einlagen stiller Gesellschafter	467.832.071,30			467.832
Anrechnung auf das Stammkapital	- 156.368.442,83			- 156.369
Gewinnrücklage	14.953.145,00			10.882
Verlustvortrag stiller Gesellschafter	- 233.310.154,64	93.106.618,83		- 224.894
IV. Bilanzgewinn		31.984.130,02	677.103.826,85	23.398
B. Sonderposten aus Zuschüssen				
1. Sonderposten aus Investitionszulagen		480.721,00		758
2. Sonderposten aus sonstigen Zuschüssen		40.927.764,66	41.408.485,66	38.593
C. Baukostenzuschüsse			42.950.750,00	42.304
D. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen		2.415.596,91		2.440
2. Steuerrückstellungen		12.527.258,50		25.088
3. Sonstige Rückstellungen		177.803.514,26	192.746.369,67	307.203
E. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 134.426.226,49 € (Vj. T€ 59.410)		807.668.950,68		753.588
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 292.021.897,33 € (Vj. T€ 277.194)		292.021.897,33		277.194
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 8.499.598,18 € (Vj. T€ 14.534)		8.499.598,18		14.534
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 3.549.257,33 € (Vj. T€ 7.955)		3.549.257,33		7.955
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 60.239,36 € (Vj. T€ 1.161)		60.239,36		1.161
6. Verbindlichkeiten gegenüber den stillen Gesellschaftern davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 61.611.917,82 € (Vj. T€ 52.310)		61.611.917,82		52.310
7. Verbindlichkeiten gegenüber dem Gewährträger davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 1.780.645,26 € (Vj. T€ 1.261)		9.450.023,49		9.442
8. Sonstige Verbindlichkeiten davon: a) aus Steuern 9.414.551,53 € (Vj. T€ 2.851) b) im Rahmen der sozialen Sicherheit 324,57 € (Vj. T€ 6.455) c) mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 48.611.977,60 € (Vj. T€ 47.884)		85.846.471,34	1.268.708.355,53	99.987
F. Rechnungsabgrenzungsposten			24.238.967,97	25.339
			2.247.156.755,68	2.326.671

Bilanz der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, zum 31. Dezember 2006 Betriebsteil Entwässerung

Aktivseite

	31.12.2006 €	31.12.2006 €	31.12.2005 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		731.533.041,62	959.158
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	256.869.712,36		263.422
2. Grundstücke mit Wohnbauten	11.456.320,69		12.854
3. Grundstücke ohne Bauten	383.596,69		284
4. Bauten auf fremden Grundstücken	2.674.957,84		2.520
5. Abwasserkanäle und -druckrohre	3.158.172.125,94		3.127.495
6. Abwasserförderungsanlagen	74.314.449,98		74.746
7. Abwasserreinigungsanlagen	248.400.226,03		262.389
8. Sonstige technische Anlagen und Maschinen	1.424.646,15		1.755
9. Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.895.272,52		14.754
10. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	247.685.489,78	4.017.276.797,98	228.053
III. Finanzanlagen			
Sonstige Ausleihungen		3.246.354,71	3.498
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.671.161,96		4.820
2. Unfertige Leistungen	4.391.499,47	9.062.661,43	4.284
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 242.350,70 € (Vj. T€211)	427.424.074,32		425.073
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€0)	2.507,01		–
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€0)	319.296,39		130
4. Forderungen gegen den Gewährträger davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€0)	173.499.402,73		141.403
5. Sonstige Vermögensgegenstände davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. T€0)	20.697.441,38	621.942.721,83	20.333
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		727.096,99	833
		5.383.788.674,56	5.547.804

Passivseite

	31.12.2006 €	31.12.2006 €	31.12.2006 €	31.12.2005 T€
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital davon Anrechnung von Einlagen stiller Gesellschafter: 620.884.546,64 €		1.253.000.000,00		1.253.000
II. Gewinnrücklage		30.680.275,00		22.511
III. Einlagen stiller Gesellschafter	1.091.608.166,35			1.091.608
Anrechnung auf das Stammkapital	- 620.884.546,64			- 620.884
Gewinnrücklage	25.667.398,00	496.391.017,71		17.530
IV. Bilanzgewinn		41.705.137,57	1.821.776.430,28	34.180
B. Sonderposten aus Zuschüssen				
Sonderposten aus sonstigen Zuschüssen			383.186.353,92	350.825
C. Baukostenzuschüsse			95.502.320,15	90.218
D. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen		2.370.866,35		2.440
2. Steuerrückstellungen		175.585,00		242
3. Sonstige Rückstellungen		797.138.885,52	799.685.336,87	1.024.144
E. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 133.453.430,37 € (Vj. T€ 126.968)		1.185.520.125,59		1.101.123
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 404.965.729,55 € (Vj. T€ 395.021)		404.965.729,55		395.021
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 24.148.992,69 € (Vj. T€ 19.770)		24.148.992,69		19.770
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 719.052,19 € (Vj. T€ 714)		719.052,19		714
5. Verbindlichkeiten gegenüber den stillen Gesellschaftern davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 68.576.012,65 € (Vj. T€ 76.461)		68.576.012,65		76.461
6. Verbindlichkeiten gegenüber dem Gewährträger davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 14.837.620,56 € (Vj. T€ 10.965)		14.837.620,56		10.965
7. Sonstige Verbindlichkeiten davon: a) aus Steuern 6.220.750,02 € (Vj. T€ 6.539) b) im Rahmen der sozialen Sicherheit 0,00 € (Vj. T€ 0) c) mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 31.496.512,24 € (Vj. T€ 39.390)		185.774.981,71		307.137
8. Verbindlichkeiten aus gemeinsamer Finanzkontenverwaltung		396.381.120,39	2.280.923.635,33	367.692
F. Rechnungsabgrenzungsposten			2.714.598,01	3.107
			5.383.788.674,56	5.547.804

Gewinn- und Verlustrechnung der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006

	1.1.-31.12.2006			1.1.-31.12.2005		
	€	€	€	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse						
a) Wasserverkauf	424.033.294,75			404.414		
b) Entwässerungsleistungen	679.694.835,63			679.215		
c) Auflösung passivierter Baukostenzuschüsse	10.426.210,22			9.715		
d) Hausanschlüsse	9.797.805,05	1.123.952.145,65		10.928	1.104.272	
2. Erhöhung (+) bzw. Verminderung (-) des Bestands an unfertigen Leistungen für Hausanschlüsse		1.537.834,95			- 1.770	
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		56.987.236,74			54.863	
4. Sonstige betriebliche Erträge		75.572.049,02	1.258.049.266,36		77.097	1.234.462
5. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	59.518.747,71			51.965		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	174.650.888,73			170.071		
c) Grundwasserentnahmeentgelt und Abwasserabgabe	69.175.105,01	303.344.741,45		66.722	288.758	
6. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	201.567.089,97			206.947		
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon: für Altersversorgung 13.337.744,85 € (Vj. T€ 15.511)	57.694.109,41	259.261.199,38		59.275	266.222	
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		238.169.746,82			229.609	
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		97.703.477,17	898.479.164,82		103.496	888.085
9. Erträge aus Beteiligungen davon: aus verbundenen Unternehmen 0,00 € (Vj. T€ 0)		20.610,18			600	
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens davon: aus verbundenen Unternehmen 0,00 € (Vj. T€ 227)		4.914.068,24			648	
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon: aus verbundenen Unternehmen 0,00 € (Vj. T€ 3)		595.652,41	5.530.330,83		464	1.712
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00			4.635	
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon: an verbundene Unternehmen 0,00 € (Vj. T€ 0) aus Gewinnrücklage 147.009,49 € (Vj. T€ 1.224)		102.012.739,04	102.012.739,04		108.589	113.224
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			263.087.693,33			234.865
15. Außerordentliche Erträge			3.067.942,00			7.694
16. Aufwendungen aus Teilgewinnabführung			134.715.765,00			127.372
17. Verlustübernahme stiller Gesellschafter			8.415.770,03			3.250
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			36.092.107,31			28.061
19. Sonstige Steuern			5.609.548,46			5.459
20. Jahresüberschuss			98.153.984,59			84.917
21. Einstellung in andere Gewinnrücklagen			24.464.717,00			27.339
22. Bilanzgewinn			73.689.267,59			57.578
Nachrichtlich:						
Verwendung des Bilanzgewinns						
a) Betriebsteil Wasserversorgung						
Ausschüttung an das Land Berlin			31.984.130,02			23.398
b) Betriebsteil Entwässerung						
Ausschüttung an das Land Berlin			41.705.137,57			34.180

Gewinn- und Verlustrechnung der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 Betriebsteil Wasserversorgung

	1.1.–31.12.2006			1.1.–31.12.2005		
	€	€	€	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse						
a) Wasserverkauf	424.033.294,75			404.414		
b) Auflösung passivierter Baukostenzuschüsse	3.608.402,58			3.511		
c) Hausanschlüsse	4.389.076,22			4.919		
d) Innenumsatz	948.744,55	432.979.518,10		1.069	413.913	
2. Erhöhung (+) bzw. Verminderung (-) des Bestands an unfertigen Leistungen für Hausanschlüsse		1.430.072,00			-1.259	
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		26.652.056,55			25.111	
4. Sonstige betriebliche Erträge	26.038.404,10			27.704		
– Innenumsatz	17.979.590,44	44.017.994,54	505.079.641,19	18.974	46.678	484.443
5. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	24.245.290,98			21.821		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	36.577.378,24			35.601		
c) Grundwasserentnahmeentgelt	54.295.317,10			53.066		
d) Innenumsatz	3.457.514,45			3.611		
e) Sachkostenverrechnung	-3.255.111,34	115.320.389,43		-3.066	111.033	
6. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	98.537.813,52			100.573		
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon: für Altersversorgung 6.926.516,67 € (Vj. T€ 7.965)	28.709.971,92			29.357		
c) Sachkostenverrechnung	-6.311.941,63	120.935.843,81		-5.803	124.127	
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		76.754.682,50			72.325	
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	60.942.846,75			62.058		
– Innenumsatz	1.122.681,52			1.204		
– Sachkostenverrechnung	-8.509.509,36	53.556.018,91	366.566.934,65	-8.149	55.113	362.598
9. Erträge aus Beteiligungen davon: aus verbundenen Unternehmen 0,00 € (Vj. T€ 0)		20.610,18			600	
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens davon: aus verbundenen Unternehmen 0,00 € (Vj. T€ 0)		4.773.804,32			498	
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon: aus verbundenen Unternehmen 0,00 € (Vj. T€ 0)		442.513,33			335	
– Zinserträge Innenumsatz		25.224.585,00	30.461.512,83		23.762	25.195
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00			4.635	
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon: an verbundene Unternehmen 0,00 € (Vj. T€ 0)		39.676.290,30	39.676.290,30		39.919	44.554
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			129.297.929,07			102.487
15. Außerordentliche Erträge			3.067.942,00			7.694
16. Aufwendungen aus Teilgewinnabführung			63.570.548,00			50.911
17. Verlustübernahme stiller Gesellschafter			8.415.770,03			3.250
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			35.680.656,06			28.594
19. Sonstige Steuern			1.388.158,02			1.352
20. Jahresüberschuss			40.142.279,02			32.574
21. Einstellung in andere Gewinnrücklagen			8.158.149,00			9.176
22. Bilanzgewinn			31.984.130,02			23.398

Gewinn- und Verlustrechnung der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 Betriebsteil Entwässerung

	1.1.–31.12.2006			1.1.–31.12.2005		
	€	€	€	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse						
a) Entwässerungsleistungen	679.694.835,63			679.215		
b) Auflösung passivierter Baukostenzuschüsse	6.817.807,64			6.204		
c) Hausanschlüsse	5.408.728,83			6.009		
d) Innenumsatz	3.457.514,45	695.378.886,55		3.611	695.039	
2. Erhöhung (+) bzw. Verminderung (-) des Bestands an unfertigen Leistungen für Hausanschlüsse		107.762,95			- 511	
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		30.335.180,19			29.752	
4. Sonstige betriebliche Erträge	49.533.644,92			49.393		
– Innenumsatz	1.122.681,52	50.656.326,44	776.478.156,13	1.204	50.597	774.877
5. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	35.273.456,73			30.144		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	138.073.510,49			134.470		
c) Abwasserabgabe/Grundwasserentnahmeentgelt	14.879.787,91			13.656		
d) Innenumsatz	948.744,55			1.069		
e) Sachkostenverrechnung	3.255.111,34	192.430.611,02		3.066	182.405	
6. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	103.029.276,45			106.374		
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon: für Altersversorgung 6.411.228,18€ (Vj. T€ 7.546)	28.984.137,49			29.918		
c) Sachkostenverrechnung	6.311.941,63	138.325.355,57		5.803	142.095	
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		161.415.064,32			157.284	
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	36.760.630,42			41.438		
– Innenumsatz	17.979.590,44			18.974		
– Sachkostenverrechnung	8.509.509,36	63.249.730,22	555.420.761,13	8.149	68.561	550.345
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens davon: aus verbundenen Unternehmen 0,00€ (Vj. T€ 0)		140.263,92			150	
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon: aus verbundenen Unternehmen 0,00 € (Vj. T€ 3)		153.139,08	293.403,00		129	279
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon: an verbundene Unternehmen 0,00€ (Vj. T€ 0) aus Gewinnrücklage 147.009,49€ (Vj. T€ 1.224) Zinsaufwendungen Innenumsatz		62.336.448,74			68.670	
		25.224.585,00	87.561.033,74		23.762	92.432
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			133.789.764,26			132.379
13. Aufwendungen aus Teilgewinnabführung			71.145.217,00			76.461
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			411.451,25			- 533
15. Sonstige Steuern			4.221.390,44			4.107
16. Jahresüberschuss			58.011.705,57			52.344
17. Einstellung in andere Gewinnrücklagen			16.306.568,00			18.163
18. Bilanzgewinn			41.705.137,57			34.181

Anhang

1. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Berliner Wasserbetriebe zum 31. Dezember 2006 ist nach den Vorschriften des PubLG in Verbindung mit § 16 BerlBG und nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt worden. Die vorgeschriebene Gliederung wurde durch Einfügung einzelner Posten der besonderen Struktur der Berliner Wasserbetriebe angepasst (§ 265 Abs. 5 HGB). So wird ein sachgerechter Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ermöglicht. Die Klarheit und Übersichtlichkeit der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung werden dadurch nicht beeinträchtigt.

Bei den Berliner Wasserbetrieben unterliegt die Wasserversorgung der Steuerpflicht nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 in Verbindung mit § 4 des Körperschaftsteuergesetzes. Hingegen ist die Abwasserentsorgung nach § 4 Abs. 5 des Körperschaftsteuergesetzes nicht steuerbar, soweit es sich bei der Entsorgungsleistung um hoheitliche Aufgaben handelt (Kunden in Berlin). Die Entsorgungsleistung für Kunden im Umland ist steuerpflichtig.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen, bewertet. Soweit erforderlich, erfolgt eine Abschreibung auf den am Bilanzstichtag beizulegenden niedrigeren Wert.

Die Bewertung der entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt zu Anschaffungskosten unter Abzug linearer Abschreibungen. Den planmäßigen Abschreibungen auf Software liegen seit 2003 nicht mehr die finanzamtlichen steuerlichen Abschreibungstabellen zugrunde, sondern die von den Berliner Wasserbetrieben geschätzte betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Die Aktivierung der persönlich beschränkten Dienstbarkeiten (Grunddienstbarkeiten) erfolgte nach technischer und kaufmännischer Bewertung der zu erwartenden Entschädigungsverpflichtungen aufgrund der Bestimmungen des § 9 GBBerG i.V.m. Sachenrechtsdurchführungsverordnung. Es regelt insbesondere die Dienstbarkeiten von Versorgungsunternehmen an nicht

öffentlichen Grundstücken sowie die hierfür an den jeweiligen Grundstückseigentümer zu gewährenden Ausgleichszahlungen. Die aktivierten Grunddienstbarkeiten werden unter den immateriellen Vermögensgegenständen ausgewiesen und nicht abgeschrieben.

Die Sachanlagen sind mit den fortgeschriebenen Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Die Herstellungskosten selbst erstellter Anlagen beinhalten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch angemessene Teile der notwendigen Gemeinkosten. Die Abschreibung auf Sachanlagen erfolgt für Gebäude linear und im Übrigen grundsätzlich steuerlich höchstzulässig. Geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne des § 6 Abs. 2 EStG werden im Zugangsjahr in der Regel in voller Höhe abgeschrieben. Die Festlegung der jeweiligen Nutzungsdauer der Wirtschaftsgüter und der daraus resultierenden Abschreibungssätze erfolgt in Anlehnung an die vom Bundesfinanzministerium veröffentlichten Abschreibungstabellen unter Berücksichtigung betriebsinterner Abweichungen.

Bei den Finanzanlagen sind die Anteile an verbundenen Unternehmen und die Beteiligungen mit den Anschaffungskosten einschließlich etwaiger Anschaffungsnebenkosten bilanziert. Ausleihungen sind zum Nominalwert bilanziert. Soweit erforderlich wurden Abschreibungen auf den am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Die Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind zu fortgeschriebenen Durchschnittspreisen bewertet. Am Bilanzstichtag wurde dem Niederstwertprinzip Rechnung getragen. Die unfertigen Leistungen werden zu Herstellungskosten einschließlich angemessener Gemeinkosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert aktiviert.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nominalwert bewertet. Für zweifelhafte Forderungen sind Einzelabwertungen vorgenommen worden. Bei den verbleibenden Forderungen ist eine Pauschalwertberichtigung abgesetzt, welche dem allgemeinen Ausfall- und Kreditrisiko Rechnung trägt.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind in Höhe der am Stichtag abzugrenzenden Beträge angesetzt.

Die flüssigen Mittel (Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks) werden zum Nennbetrag bewertet. Fremdwährungsbestände sind zum Mittelkurs am 28. Dezember 2006 umgerechnet.

Die steuerfreien Investitionszulagen sind als Sonderposten für Investitionszulagen entsprechend den Vorschriften des § 19 Berlinförderungsgesetz und des Investitionszulagengesetzes passiviert. Die ertragswirksame Auflösung erfolgt linear entsprechend der Nutzungsdauer der begünstigten Vermögensgegenstände. Sonderposten aus Zuschüssen sind nach handelsrechtlichen Grundlagen gebildet worden. Die Sonderposten aus Investitionszulagen und Zuschüssen werden linear entsprechend der Nutzungsdauern der bezuschussten Anlagegegenstände aufgelöst. Der Sonderposten für Abwasserabgabe wird im Jahr des Zugangs mit 2,5 %, ansonsten mit 5,0 % jährlich aufgelöst.

Von Kunden erhaltene Baukostenzuschüsse werden passiviert und mit jährlich 5,0 % ertragswirksam aufgelöst. Für Zugänge des Geschäftsjahres erfolgt eine Auflösung in Höhe von 2,5 %.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen nach der Teilwertmethode gemäß § 6 a EStG bei einem Rechnungszinsfuß von 6,0 % passiviert. Die Bewertung erfolgt auf Basis der neuen Richttafeln von Klaus Heubeck von 2005 G.

Steuerrückstellungen sind in Höhe des voraussichtlichen Anfalls aufgrund des zu versteuernden Einkommens bzw. des Gewerbeertrags dotiert.

Bei der Bemessung der sonstigen Rückstellungen wurde den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung getragen. Sie sind in der Höhe bemessen, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihren Rückzahlungsbeträgen angesetzt.

3. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens einschließlich der Abschreibungen im Berichtsjahr 2006 ist im Anlagespiegel »Anlagespiegel der Berliner Wasserbetriebe zum 31. Dezember 2006« dargestellt, der diesem Bericht als Anlage beigefügt ist.

Die immateriellen Vermögensgegenstände enthalten in Höhe von 860,9 Mio. € Dienstbarkeiten nach § 9 GBBerG. Die Gesamtsumme potenzieller Ausgleichszahlungen beläuft sich nach einer neuen Schätzung der Berliner Wasserbetriebe aus 2006 auf 860,9 Mio. € (vgl. auch unter Rückstellungen). Im Berichtsjahr wurden Entschädigungszahlungen in Höhe von 1.434 T€ (Vorjahr: 345 T€) geleistet.

Bereits im Dezember 2005 haben die Berliner Wasserbetriebe eine Beteiligung an SBB Abfallerzeuger GbR, Berlin, in Höhe von 25.564,59 € (5 Stimmrechtsanteile) erworben und sind damit unbeschränkt haftender Gesellschafter. Es handelt sich hierbei um eine rein strategische Beteiligung der Berliner Wasserbetriebe mit dem Ziel, den Bereich überwachungsbedürftiger Abfälle mitzugestalten und die Kosten der Berliner Wasserbetriebe durch den Zugriff auf das abfalltechnische Know-how der SBB Abfallerzeuger GbR zu minimieren.

Die Bodenreinigungs Westhafen GmbH, Thermische Bodenreinigung Berlin i. L. wurde bereits im November 2002 vollständig liquidiert. Die Löschung im Handelsregister ist beantragt, jedoch noch nicht erfolgt, da die steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung noch nicht vorliegt.

Die Ausleihungen verringerten sich im Geschäftsjahr durch planmäßige Tilgungen und um Abschreibungen auf langfristige Ausleihungen. Mit der Zsigmondy Bela Rt., Hódmezővásárhely, Ungarn, wurde im August 2006 ein gerichtlicher Vergleich geschlossen, wonach u. a. der Rechtsstreit beendet wurde und beide Seiten bestätigten, dass sie keinerlei Ansprüche mehr gegeneinander haben. Das gesamte Darlehen der Berliner Wasserbetriebe in Höhe von insgesamt 13,6 Mio. € wurde von Zsigmondy Bela Rt. zurückgezahlt. An die Stadt Hódmezővásárhely wurde eine Ausgleichszahlung in Höhe von 2,25 Mio. € geleistet, die die Berliner Wasserbetriebe und die Berlinwasser Holding Aktiengesellschaft je zur Hälfte tragen.

An folgenden Unternehmen sind die Berliner Wasserbetriebe zum Bilanzstichtag mit mindestens 20% (§ 285 Nr. 11 HGB) beteiligt:

	Eigenkapital in T€	Anteil am Eigenkapital in %	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres in T€
Wasser Nord GmbH & Co. KG, Hohen Neuendorf*	5.833,5	50,7	127,2
Wasser Nord Verwaltungs GmbH, Hohen Neuendorf*	89,6	49,0	5,2
Klärwerk Wandsdorf GmbH, Wandsdorf*	7.421,7	49,0	91,0

*Eigenkapital/Ergebnis des Jahres 2005

Umlaufvermögen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten im Wesentlichen die Abrechnung von Wasserlieferungen, Entwässerungsleistungen und Hausanschlussarbeiten. In den Forderungen sind noch nicht abgerechnete Wasserabsätze und Entwässerungsleistungen enthalten. Die Berliner Wasserbetriebe ermitteln ihre Umsätze und Forderungen wie branchenüblich anhand einer rollierenden Jahresverbrauchsabrechnung, so dass es zu einer Jahresverbrauchsabgrenzung kommt. Die für das Geschäftsjahr von den Kunden erhaltenen, noch nicht verrechneten Abschlagsbeträge sind als erhaltene Anzahlungen ausgewiesen.

Die Forderungen gegen verbundene und beteiligte Unternehmen beinhalten kurzfristige Forderungen aus Bau- und Ingenieurleistungen, Kostenerstattungen, Miete und Personalkosten-erstattungen sowie sonstige Dienstleistungen.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen werden Steuererstattungsansprüche, nicht abgerechnete Auftragsarbeiten und Zuschüsse, Forderungen aus sonstigen Leistungen, Forderungen an Mitarbeiter und die bereits wertberichtigte Forderung an die Global Energy Inc. aus der Vorteilsvergütung im Rahmen des Verkaufs der Sekundärrohstoff-Verwertungszentrum Schwarze Pumpe GmbH i. L. (SVZ GmbH i. L.) ausgewiesen.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind sonstige Vorauszahlungen bilanziert, die Aufwand der folgenden Geschäftsjahre betreffen.

Eigenkapital

Auf ihrer Sitzung am 6. Juni 2006 hat die Gewährträgersammlung beschlossen, den Bilanzgewinn der Wasserversorgung in Höhe von 23.398 T€ sowie den Bilanzgewinn der Entwässerung in Höhe von 34.180 T€ an das Land Berlin auszuschütten.

In der 5. Änderungsvereinbarung zum Konsortialvertrag wurde zwischen den Gesellschaftern die Bildung einer Gewinnrücklage vereinbart, die auf der in der Tarifikalkulation berücksichtigten Differenz zwischen den Abschreibungen auf Basis der historischen Anschaffungskosten und den Abschreibungen, welche sich auf der Grundlage von Wiederbeschaffungszeitwerten ergeben, basiert. Die Gewinnrücklage wird im Hinblick auf die zu erwartenden steuerlichen Abzüge von jährlich pauschal 60% der Bemessungsgrundlage (dies entspricht 24.465 T€ [Vorjahr: 27.339 T€]) gebildet und entfällt mit 12.257 T€ (Vorjahr: 13.697 T€) auf den Gewährträger und mit 12.208 T€ (Vorjahr: 13.642 T€) auf die stillen Gesellschafter.

Die Entwicklung des Eigenkapitals ist in folgendem Eigenkapital-
spiegel dargestellt:

	Bestand in T€ 1.1.2006	Zuführung in T€ 1.1.–31.12.2006	Entnahmen in T€ 1.1.–31.12.2006	Bestand in T€ 31.12.2006
Stammkapital	1.790.000	–	–	1.790.000
davon Anrechnung von Einlagen stiller Gesellschafter	(777.253)	–	–	(777.253)
Gewinnrücklage Gewährträger	33.437	12.257	–	45.694
Einlagen stiller Gesellschafter	1.559.440	–	–	1.559.440
Anrechnung auf Stammkapital	– 777.253	–	–	– 777.253
Gewinnrücklagen stiller Gesellschafter	28.412	12.208	–	40.620
Verlustvortrag stiller Gesellschafter	– 224.894	– 8.416	–	– 233.310
Jahresüberschuss	84.917	98.154	– 84.917	98.154
Einstellung in Gewinnrücklagen	– 27.339	– 24.465	27.339	– 24.465
Bilanzgewinn	57.578	73.689	– 57.578	73.689
	2.466.720	89.738	– 57.578	2.498.880

Sonderposten und Zuschüsse

Die Zuschüsse für Entwicklungsmaßnahmen des Landes Berlin, Kapitalzuführungen für Regenentwässerungsanlagen sowie Zuschüsse Dritter werden hier unter den Sonderposten ausgewiesen. Sie werden entsprechend den Nutzungsdauern der Anlagegüter aufgelöst. Zum Bilanzstichtag werden Sonderposten aus Investitionszulagen in Höhe von 481T€ (Vorjahr: 758T€) und aus sonstigen Zuschüssen in Höhe von 424.114T€ (Vorjahr: 389.418T€) ausgewiesen.

Von Kunden erhaltene Baukostenzuschüsse werden passiviert und mit jährlich 5,0% ertragswirksam aufgelöst. Für Zugänge des Geschäftsjahres erfolgt eine Auflösung in Höhe von 2,5%. Insgesamt werden Baukostenzuschüsse in Höhe von 138.453T€ (Vorjahr: 132.522T€) ausgewiesen.

Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen in Höhe von 4.786T€ (Vorjahr: 4.880T€) wurden für Verpflichtungen für aktive und ehemalige Vorstandsmitglieder auf der Basis der neuen Richttafeln von Klaus Heubeck von 2005G gebildet. Für nicht in den Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen ausgewiesene Beträge verbleibt ein nicht dotierter Teilwert von 16.771T€ (Vorjahr: 18.144T€).

Die Steuerrückstellungen umfassen Verpflichtungen aus Körperschaft-, Gewerbe- und Grundsteuer.

Die Berliner Wasserbetriebe betreiben Wasser- und Abwasserleitungsanlagen auf diversen Grundstücken in Berlin, ohne dass entsprechende Leitungsrechte als Dienstbarkeit in den jeweiligen Grundbüchern eingetragen sind. Die Eigentümer der Grundstücke sind nach § 9 GBBerG i.V.m. SachenRDV zur Duldung der Leitungsanlagen auf ihren Grundstücken verpflichtet. Für die Inanspruchnahme ihrer Grundstücke steht den Eigentümern ein Ausgleich zu. Der Ausgleich bestimmt sich nach dem Betrag, der für ein

solches Recht nach den Wertverhältnissen des Jahres 1995 üblich war. Die Gesamtsumme potenzieller Ausgleichszahlungen beläuft sich nach neuer Schätzung der Berliner Wasserbetriebe auf 860.911 T€. Zum Bilanzstichtag werden davon noch 854.496 T€ als Rückstellungen für Entschädigungen für Dienstbarkeiten nach § 9 GBBerG (Vorjahr: 1.222.119 T€) ausgewiesen.

Am 28. Juli 2006 ist in Berlin das neue Berliner Betriebsgesetz (BerlBG) in Kraft getreten. Darin sind erstmals Regelungen für den Ausgleich etwaiger durch Nachkalkulation zu ermittelnder Kostenüber- bzw. Kostenunterdeckungen vorgesehen. Gemäß § 16 Abs. 6 BerlBG n. F. ist für den dem laufenden Kalkulationszeitraum vorangehenden Kalkulationszeitraum eine Nachkalkulation durchzuführen, um etwaige Kostenüber- und Kostenunterdeckungen festzustellen. Damit werden etwaige Abweichungen von den zum Zeitpunkt der Tarifgenehmigung angenommenen Kosten ermittelt. Soweit sich der im Vorhinein bestimmte Gebührensatz nachträglich als zu hoch erweist, trifft die Berliner Wasserbetriebe als Leistungserbringer die Verpflichtung, dieses Ungleichgewicht zu beseitigen. Daraus resultiert die rechtliche Verpflichtung, in den Folgeperioden nicht kostendeckende Gebühren zu erheben. Daraus resultiert für den Jahresabschluss eine ungewisse Verbindlichkeit, deren wirtschaftliche Verursachung der betroffenen

Periode zuzuordnen ist. Das BerlBG n. F. ist am 28. Juli 2006 in Kraft getreten. Der Tarif für 2006 wurde bereits im Jahr 2005 genehmigt. Es stellt sich daher die Frage, ob für das Jahr 2006 eine Nachkalkulation durchzuführen ist oder ob dies erstmals für 2007 erforderlich ist. Die Berliner Wasserbetriebe stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, dass für 2006 keine Nachkalkulation durchgeführt werden muss. Es verbleibt jedoch ein Restrisiko, dass sich diese Meinung nicht durchsetzen lässt und sich aufgrund einer zu einem späteren Zeitpunkt doch durchzuführenden Nachkalkulation für 2006 eine Kostenüberdeckung ergibt.

Aufwendungen für Altersteilzeit, Vorruhestand und Vorruhestand (43.865 T€, Vorjahr: 38.827 T€), Abwasserabgabe (16.368 T€, Vorjahr: 15.491 T€) sowie Beträge für die Betriebsführung des Klärwerkes Waßmannsdorf (9.917 T€, Vorjahr: 14.480 T€) werden ebenfalls unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

Verbindlichkeiten

Die Fristigkeit der Verbindlichkeiten kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

	Gesamt in T€	davon mit einer Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr in T€	von 1 bis 5 Jahren in T€	über 5 Jahre in T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.993.189	267.879	794.759	930.551
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	696.988	696.988	-	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	32.649	32.649	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	4.268	4.268	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	60	60	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber den stillen Gesellschaftern	130.188	130.188	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber dem Gewährträger	24.288	16.619	2.045	5.624
Sonstige Verbindlichkeiten	271.621	80.108	60.940	130.573
	3.153.251	1.228.759	857.744	1.066.748

Die Verbindlichkeiten gegenüber den stillen Gesellschaftern enthalten im Wesentlichen die sonstigen Verbindlichkeiten aus Teilgewinnabführung für das Geschäftsjahr 2006. Unter den Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen, Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern werden auch Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber diesen Gesellschaftern ausgewiesen.

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten sind u. a. Darlehen für Investitionen (201.471 T€, Vorjahr: 337.481 T€), Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern aus der Lohn- und Gehaltsabrechnung ohne Berücksichtigung von Lohn- und Kirchensteuer (34.155 T€, Vorjahr: 35.059 T€), Steuern (10.181 T€, Vorjahr: 9.390 T€) und Zinsen auf Darlehen (2.216 T€, Vorjahr: 5.022 T€) ausgewiesen.

Es bestehen keine Verbindlichkeiten, die durch Pfand- oder ähnliche Rechte gesichert sind.

Rechnungsabgrenzungsposten

Für die Einräumung von Erbbaurechten erhaltene Zahlungen wurden als Rechnungsabgrenzungsposten passiviert und linear ertragswirksam über die vereinbarte Laufzeit der Erbbaurechte aufgelöst.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

	31.12.2006 in T€	31.12.2005 in T€
Fondsfinanzierung Waßmannsdorf	594.584	645.845
Miet- und Leasingverträge		
Rolandufer	294.611	307.597
Sonstige Miet- und Leasingverträge	30.604	32.448
Bestellobligo für Investitionen	136.638	140.622

4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen

Die Umsatzerlöse aus Wasserverkauf (424.033 T€, Vorjahr: 404.414 T€) und Entwässerungsleistungen (679.695 T€, Vorjahr: 679.215 T€) sind im Lagebericht ausführlich erläutert. Darin enthalten sind aperiodische Umsatzerlöse von untergeordneter Bedeutung.

Umsatzerlöse aus Hausanschlüssen werden in Höhe von 9.798 T€ (Vorjahr: 10.928 T€) ausgewiesen und damit um 1.130 T€ unter dem Vergleichszeitraum des Vorjahres.

In den aktivierten Eigenleistungen sind 1.726 T€ (Vorjahr: 1.764 T€) Bauzeitinsen enthalten.

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind neben Erlösen aus der Betriebsführung, Weiterberechnungen von Kosten und Leistungen auch Erträge aus der Auflösung nicht mehr benötigter Wertberichtigungen auf Forderungen und aus der Auflösung von Rückstellungen sowie aus der Auflösung von Sonderposten enthalten.

Materialaufwand

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe beinhalten den Aufwand für den Energiebezug sowie für sonstige Materialien.

In den Aufwendungen für bezogene Leistungen sind neben Fremdleistungen für Informationstechnologie auch Fremdleistungen für Instandhaltung und Entsorgungskosten enthalten.

Unter den Fremdleistungen werden ebenfalls die Entsorgungskosten aufgrund der Entschädigungszahlung für die vorzeitige Kündigung des Klärschlamm Entsorgungsvertrages mit der SVZ GmbH i.L. ausgewiesen.

Unter der Position Materialaufwand erfolgt ebenfalls der Ausweis des Grundwasserentnahmeentgeltes und der Abgabe nach dem Abwasserabgabengesetz.

Personalaufwand

Im Personalaufwand sind insgesamt Aufwendungen für Altersversorgung von 13.338T€ (Vorjahr: 15.510T€) und für Unterstützung von 393T€ (Vorjahr: 361T€) enthalten.

Am 31. Dezember 2006 betrug die Zahl der Mitarbeiter 4.986 (Vorjahr: 5.096). Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich der Personalbestand damit um 110 Mitarbeiter bzw. 2,1%.

Die Zahl der Mitarbeiter betrug im Jahresdurchschnitt 5.040 gegenüber 5.135 im Vorjahr.

Abschreibungen

Die Abschreibungen liegen zum 31. Dezember 2006 bei 238,2 Mio. € und damit über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres (Vorjahr: 229,6 Mio. €).

	2006 in T€	2005 in T€
Gemäß		
§ 253 Abs.2 Satz 1 und 2 HGB	231.717	227.623
§ 6 Abs.2 EStG und § 254 HGB	1.452	1.934
§ 253 Abs.2 Satz 3 HGB	5.001	52
	238.170	229.609

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind u.a. Gebühren, Mieten, Pachten und Leasingraten (21.305T€, Vorjahr: 20.878T€), das seitens des Landes Berlin erhobene Sondernutzungsentgelt (14.800T€, Vorjahr: 14.805T€), Post- und Telekommunikationskosten (10.251T€, Vorjahr: 11.430T€), die Zuführungen zu den Rückstellungen für Altersteilzeit und Vorruhestand (16.249T€, Vorjahr: 11.275T€) sowie Beratungs- und Prüfungskosten (5.117T€, Vorjahr: 6.611T€) ausgewiesen.

Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge in Höhe von insgesamt 3.068T€ betreffen ausschließlich die SVZ GmbH i.L.

Im Jahre 2001 hatte die SVZ GmbH i.L. gemeinsam mit der RTS Umwelt GmbH in einem Vergabeverfahren des Abfallwirtschaftsverbandes Chemnitz den Zuschlag für die Planung, Errichtung und den Betrieb einer Restabfallvorbehandlungsanlage sowie für die langfristige Restabfallentsorgung erhalten. In diesem Zusammenhang wurde eine Bürgschaft der Berliner Bank gestellt, für die die Berliner Wasserbetriebe aufgrund eines Kreditauftrages hafteten. Wegen der Inbetriebnahme der Restabfallvorbehandlungsanlage und des Verkaufs der Anlagen der SVZ GmbH i.L. an die Sustec Schwarze Pumpe GmbH 2005 war zwischen dem Abfallwirtschaftsverband Chemnitz und den Berliner Wasserbetrieben die Laufzeit der Bürgschaft bzw. ein Wegfall des Sicherungszweckes strittig. Nach einem umfassenden Schriftwechsel zwischen dem Abfallwirtschaftsverband Chemnitz und den Berliner Wasserbetrieben erfolgte am 3. August 2006 die Rückgabe der Bürgschaft. Die hierfür zum 31. Dezember 2005 noch bestehenden Rückstellungen in Höhe von 2.556T€ wurden daher aufgelöst.

Im Jahr 1999 erteilte die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH der ARGE VTL einen Auftrag über die Entsorgung von Teeren aus der Sanierung der Altlastenstandorte Zerze und Terpe. Gesellschafter der ARGE VTL waren im Wesentlichen die SVZ GmbH i.L. und die Lobbe GmbH. Hinsichtlich des von der SVZ GmbH i.L. vorgesehenen Leistungsanteils übernahm die Berliner Bank im Auftrag der Berliner Wasserbe-

triebe diverse Vertragserfüllungsbürgschaften im Wert von insgesamt 17,8 Mio. €. Nach Abarbeitung des überwiegenden Teils der vertraglich vereinbarten Leistungen wurden den Berliner Wasserbetrieben im Rahmen eines Vergleichs die Bürgschaften gegen Zahlung von 4,75 Mio. € zurückgereicht. In dieser Vergleichsvereinbarung war festgelegt, dass eine Kostenerstattung zugunsten der Berliner Wasserbetriebe erfolgt, soweit die noch zu erbringenden Restleistungen günstiger als von den Partnern der Vergleichsvereinbarung avisiert erbracht werden können. Nach Ausführung der Restleistungen durch die Lobbe GmbH erfolgte im Februar/März 2006 die Erstattung von insgesamt 512 T€.

Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn in Höhe von 73.689 T€ (Vorjahr: 57.578 T€) wird an das Land Berlin ausgeschüttet.

Aufwendungen aus Teilgewinnabführung

Gemäß dem StG-Vertrag II wird hier der Ergebnisanteil der Berlinwasser Holding Aktiengesellschaft ausgewiesen, der zum 31. Dezember 2006 134.716 T€ (Vorjahr: 127.372 T€) beträgt.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Unter den Einkommen- und Ertragsteuern werden die Gewerbeertragsteuer mit 26.984 T€ (Vorjahr: 23.896 T€) und die Körperschaftsteuer mit 9.108 T€ (Vorjahr: 4.164 T€) ausgewiesen. Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen zum überwiegenden Teil das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Einstellung in Gewinnrücklagen

In der 5. Änderungsvereinbarung zum Konsortialvertrag wurde zwischen den Gesellschaftern die Bildung einer Gewinnrücklage vereinbart, die auf der in der Tarifikalkulation berücksichtigten Differenz zwischen den Abschreibungen auf Basis der historischen Anschaffungskosten und den Abschreibungen, welche sich auf der Grundlage von Wiederbeschaffungszeitwerten ergeben, basiert. Die Gewinnrücklage wird 2006 in Höhe von 60% der Bemessungsgrundlage gebildet und beträgt 24.465 T€ (Vorjahr: 27.339 T€).

5. Weitere Anhangsangaben

Organe

VORSTAND

Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Jörg Simon
Vorsitzender
Betriebe

Dr.-Ing. Ulrich Bammert
Technik

Dipl.-Kfm. Frank Bruckmann
Finanzen

Norbert Schmidt
Personal und Soziales

AUFSICHTSRAT

Anteilseignerseite:

Senator Harald Wolf
Vorsitzender;
Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen

Berthold A. Bonekamp
Mitglied im Aufsichtsrat seit 2. Mai 2006;
Vorsitzender des Vorstands RWE Energy AG;
Mitglied des Vorstands der RWE AG

Werner Böttcher
Mitglied im Aufsichtsrat und Wirtschaftsausschuss;
Executive Director, RWE Thames Water Plc., London

Christophe Hug
Mitglied im Aufsichtsrat und Wirtschaftsausschuss;
Vorsitzender der Geschäftsführung Veolia Wasser
Deutschland GmbH

Monika Kuban
Vorsitzende Wirtschaftsausschuss und
Mitglied im Aufsichtsrat;
stellvertretende Hauptgeschäftsführerin und
Finanzdezernentin des Deutschen Städtetages

Cyril Roger-Lacan
Mitglied im Aufsichtsrat;
Directeur Général Adjoint, Veolia Water, Paris

Dr. Anna Elisabeth Birgit Roos
Mitglied im Aufsichtsrat;
Mitglied im Wirtschaftsausschuss;
Vorstandsmitglied der Investitionsbank Berlin

Roland Specker
Mitglied im Aufsichtsrat

Arbeitnehmerseite:

Lutz Neetzel
Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates;
Mitglied im Wirtschaftsausschuss;
Vorsitzender des Personalrates Abwasser der Berliner
Wasserbetriebe

Wolfgang Abitz
Mitglied im Aufsichtsrat;
Sozialberater der Berliner Wasserbetriebe

Andreas Bockelmann
Mitglied im Aufsichtsrat;
Mitglied im Wirtschaftsausschuss;
Vorsitzender des Personalrates Hauptverwaltung der
Berliner Wasserbetriebe

Thomas Grimm
Mitglied im Aufsichtsrat;
Funktionsmaschinist der Berliner Wasserbetriebe

Veronika Hannemann
Mitglied im Aufsichtsrat;
Gewerkschaftsmitglied ver.di Bezirk Berlin-Brandenburg

Roland Jäschke
Mitglied im Aufsichtsrat;
Vorsitzender des Personalrates Rohrnetz der Berliner
Wasserbetriebe

Karsten Malareck
Mitglied im Aufsichtsrat;
Mitglied im Wirtschaftsausschuss;
Vorsitzender des Gesamtpersonalrates der Berliner
Wasserbetriebe

Thomas Thiele
Mitglied im Aufsichtsrat und Wirtschaftsausschuss;
Vorsitzender des Personalrates Werke der Berliner
Wasserbetriebe

BEIRAT

Prof. Dr. Hartmut Kenneweg
Vorsitzender;
Professor an der Technischen Universität Berlin

Petra Bierwirth
Mitglied des Deutschen Bundestages,
Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Jan Eder
Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer
zu Berlin

Prof. Dr. Matthias Freude
Präsident des Landesumweltamtes Brandenburg

Dr. Wolfgang Goßel
Wissenschaftlicher Assistent an der Martin-Luther-Universität
Halle

Otto Huter
Hauptreferent im Deutschen Städtetag

Prof. Dr. Ulrich Müller-Wegener
Abteilungsleiter Trink- und Badebeckenwasserhygiene
im Umweltbundesamt Berlin

Dr. Michaela Schmitz
Mitglied des Beirates seit 14. Juni 2006;
Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e.V.,
Leiterin Bereich Wasserwirtschaft

Dr. Klaus Ulbricht
Bezirksbürgermeister Treptow-Köpenick bis 26. Oktober 2006

Hartmann Vetter
Hauptgeschäftsführer Berliner Mieterverein

GEWÄHRTRÄGERVERSAMMLUNG

Dr. Thilo Sarrazin
Mitglied bis 19. Dezember 2006;
Vorsitzendes Mitglied seit 20. Dezember 2006;
Senator für Finanzen

Harald Wolf
Vorsitzendes Mitglied bis 19. Dezember 2006;
Mitglied seit 20. Dezember 2006;
Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen

Klaus Böger
Mitglied bis 19. Dezember 2006;
Senator für Bildung, Jugend und Sport bis 23. November 2006

Katrin Lompscher
Mitglied seit 20. Dezember 2006;
Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz

Karin Schubert
Mitglied bis 19. Dezember 2006;
Senatorin für Justiz bis 23. November 2006

Aufwendungen für Organe

	2006 in T€	2005 in T€
Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder	450	450
Bezüge Hinterbliebene eines ehemaligen Geschäftsleiters	50	50
Tätigkeit des Aufsichtsrates	86	86
Tätigkeit des Beirates	5	1

Aufteilung der Vorstandsbezüge 2006 nach § 18 Abs. 6 BerlBG

	Simon, Jörg, in €	Bruckmann, Frank, in €	Dr. Bammert, Ulrich, in €	Schmidt, Norbert, in €	Pawlowski*, Ludwig, in €	Gesamt in €
Gehälter (Jahresfixeinkommen)	182.787,00	149.553,00	145.000,00	150.000,00	0,00	
(leistungs- und erfolgsabhängige variable Bezüge auf der Grundlage von Zielvereinbarungen)	97.440,00	80.529,00	26.547,00	79.200,00	19.729,75	930.785,75
Gewinnbeteiligung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Aufwandsentschädigung	-	-	9.000,00	-	-	9.000,00
Versicherungsentgelte	3.584,48	3.597,43	63.492,65	-	-	70.674,56
Provisionen und Nebenleistungen jeder Art	7.857,80	8.400,00	12.360,00	-	-	28.617,80
Gesamt	291.669,28	242.079,43	256.399,65	229.200,00	19.729,75	1.039.078,11

* Ausgeschieden am 30.06.2005.

Die Berliner Wasserbetriebe werden in den Konzernabschluss der Berlinwasser Holding Aktiengesellschaft, Berlin, einbezogen. Der Konzernabschluss der Berlinwasser Holding Aktiengesellschaft fließt in den Abschluss der RWE – Veolia Berlinwasser Beteiligungs AG, Berlin, ein.

Erklärung des Vorstandes und des Aufsichtsrates der Berliner Wasserbetriebe zu den Empfehlungen des Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat haben auf der Grundlage des Corporate Governance Kodex der Berliner Wasserbetriebe eine Erklärung in entsprechender Anwendung des § 161 Aktiengesetz abgegeben; diese Erklärung wurde dauerhaft zugänglich gemacht.

Berlin, den 17. Januar 2007
Berliner Wasserbetriebe


Jörg Simon


Frank Bruckmann


Dr. Ulrich Bammert


Norbert Schmidt

Anlagespiegel der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, zum 31. Dezember 2006

Anschaffungs- und Herstellungskosten

						in €
Posten des Anlagevermögens	Anfangsstand zum 1.1.2006	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Endstand zum 31.12.2006	
		+	-	+/-		
1	2	3	4	5	6	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
				UB+ 6.804.318,39 UB- 6.804.318,39 U+ 65.690,04 U- 91.244,11 + 2.582.324,99		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	1.320.214.063,86	5.913.356,57	366.869.555,73		961.814.635,62	
2. Geleistete Anzahlungen	-	2.124.671,42	-	+ 386.484,25	2.511.155,67	
II. Sachanlagen						
				UB+ 1.065.013,09 UB- 1.065.013,09 U+ 811.910,88 U- 548.889,28 + 10.864.916,18		
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	1.065.783.907,12	2.113.944,33	2.189.408,30		1.076.836.380,93	
				U+ 25.752,24 U- 119.897,95 + 26.498,44		
2. Grundstücke mit Wohnbauten	39.987.265,18	6.203,07	325.245,67		39.600.575,31	
3. Grundstücke ohne Bauten	19.011.016,70	-	153.013,39	U+ 143.034,93	19.001.038,24	
4. Bauten auf fremden Grundstücken	7.317.471,94	88.590,75	-	+ 304.072,91	7.710.135,60	
				UB- 25.754,79 U+ 2.952,10 U- 2.952,10 + 8.466.965,66		
5. Wassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen	435.649.896,75	3.041.400,35	1.449.530,73	+ 39.286.191,53	445.682.977,24	
6. Wasserverteilungsanlagen	1.529.606.322,44	17.186.312,68	4.113.979,11		1.581.964.847,54	
7. Abwasserkanäle und Druckrohre	4.887.122.686,90	49.980.805,14	3.072.264,59	+ 77.201.291,74	5.011.232.519,19	
				UB+ 0,51 UB- 24.891,08 U+ 99.465,29 U- 718.901,58 + 10.810.214,45		
8. Abwasserförderungsanlagen	165.180.228,12	1.333.282,44	8.128.410,17		168.550.987,98	
				UB+ 25.754,28 UB- 6.753,14 U+ 680.630,80 U- 422.943,51 + 18.376.140,76		
9. Abwasserreinigungsanlagen	808.283.748,62	2.342.759,43	13.394.728,59		815.884.608,65	
				UB+ 176.865,98 UB- 158.721,76 U+ 104.782,46 + 600.211,50		
10. Sonstige technische Anlagen und Maschinen	12.097.003,83	-41.414,74	73.845,88		12.704.881,39	
				UB+ 2.310.562,87 UB- 2.297.062,87 U+ 9.713,46 U- 39.103,67 + 4.175.864,55		
11. Betriebs- und Geschäftsausstattung	140.381.767,96	6.675.405,42	14.320.255,75		136.896.891,97	
12. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	327.400.564,31	201.897.977,50	600.905,96	- 173.081.176,96	355.616.458,89	
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	13.037,94	-	-	-	13.037,94	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	3.337.713,40	-	-	-	3.337.713,40	
3. Beteiligungen	28.468.103,08	-	25.247.556,05	-	3.220.547,03	
4. Mitgliedschaften in Zweckverbänden	3.304.402,23	-	-	-	3.304.402,23	
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.477,63	-	-	-	1.477,63	
6. Sonstige Ausleihungen	12.547.906,18	-	9.301.551,47	-	3.246.354,71	
	47.672.640,46	-	34.549.107,52	-	13.123.532,94	
				UB +/- 10.382.515,12 U +/- 1.943.932,20 +/- 173.081.176,96		
Insgesamt	10.805.708.584,19	292.663.294,36	449.240.251,39		10.649.131.627,16	

U = Umgliederungen, Z = Zuschreibungen, UB = Umbuchungen Betriebsteil

Abschreibungen

Posten des Anlagevermögens	Anfangsstand zum 1.1.2006	Abschreibungen im Geschäftsjahr	Angesammelte Abschreibungen auf die in Spalte 4 ausge- wiesenen Abgänge	Umbuchungen		Endstand zum 31.12.2006
				+/-		
	7	8	9	10	11	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	48.972.093,91	7.206.808,72	668.732,10	UB+ 6.774.583,41 UB- 6.774.583,41 U+ 5.874,91 U- 12.672,80		55.503.372,64
2. Geleistete Anzahlungen	-	-	-	-		-
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	546.972.597,19	aP 3.623.312,98 28.104.796,72	1.673.585,08	UB+ 651.835,37 UB- 651.835,37 U+ 66.691,04 U- 373.244,23		576.720.568,62
2. Grundstücke mit Wohnbauten	18.043.889,89	aP 1.283.775,28 1.162.439,20	46.182,56	U+ 3.605,45		20.447.527,26
3. Grundstücke ohne Bauten	2.915.954,74	aP 94.050,00 67.351,23	-	-		3.077.355,97
4. Bauten auf fremden Grundstücken	4.117.924,11	263.482,11	-	-		4.381.406,22
5. Wassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen	304.464.836,02	14.070.046,73	1.427.338,58	UB- 21.891,74 U+ 246.689,36 U- 75,69		317.332.266,10
6. Wasserverteilungsanlagen	753.666.837,58	35.135.377,38	3.336.314,58	U+ 3,10		785.465.903,48
7. Abwasserkanäle und Druckrohre	1.759.627.430,54	95.363.725,08	1.930.762,37	U+ 53.059,20 U- 53.059,20		1.853.060.393,25
8. Abwasserförderungsanlagen	90.434.605,54	9.713.771,77	5.856.520,97	UB+ 0,51 UB- 6.421,27 U+ 12.942,51 U- 61.840,09		94.236.538,00
9. Abwasserreinigungsanlagen	545.894.758,60	33.946.555,43	12.727.775,33	UB+ 21.891,23 UB- 6.753,14 U+ 463.645,32 U- 107.939,49		567.484.382,62
10. Sonstige technische Anlagen und Maschinen	9.185.911,75	630.164,36	54.208,41	UB+ 64.678,97 UB- 52.142,93 U+ 6.991,55		9.781.395,29
11. Betriebs- und Geschäftsausstattung	111.962.222,65	7.504.089,83	14.195.367,58	UB+ 2.236.359,52 UB- 2.235.721,15 U+ 8.110,52 U- 12.164,60		105.267.529,19
12. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	426.638,94	-	7.272,04	U- 246.616,86		172.750,04
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	13.037,94	-	-	-		13.037,94
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	3.337.713,40	-	-	-		3.337.713,40
3. Beteiligungen	25.260.082,70	Z 4.524.933,00	25.247.556,05	-		12.526,65
4. Mitgliedschaften in Zweckverbänden	-	-	-	-		-
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	-	-	-	-		-
6. Sonstige Ausleihungen	4.524.933,00	Z 4.524.933,00	-	-		-
	33.135.767,04	Z 4.524.933,00	-	-		3.363.277,99
Insgesamt	4.229.821.468,50	238.169.746,82	67.171.615,65	UB +/- 9.749.349,01 U +/- 867.612,96		4.396.294.666,67

U = Umgliederungen, Z = Zuschreibungen, UB = Umbuchungen Betriebsteil, aP = außerplanmäßige Abschreibungen

Restbuchwerte

Posten des Anlagevermögens	am Ende des Geschäftsjahres	am Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres
	12	13
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	906.311.262,98	1.271.241.969,95
2. Geleistete Anzahlungen	2.511.155,67	-
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	500.115.812,31	518.811.309,93
2. Grundstücke mit Wohnbauten	19.153.048,05	21.943.375,29
3. Grundstücke ohne Bauten	15.923.682,27	16.095.061,96
4. Bauten auf fremden Grundstücken	3.328.729,38	3.199.547,83
5. Wassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen	128.350.711,14	131.185.060,73
6. Wasserverteilungsanlagen	796.498.944,06	775.939.484,86
7. Abwasserkanäle und Druckrohre	3.158.172.125,94	3.127.495.256,36
8. Abwasserförderungsanlagen	74.314.449,98	74.745.622,58
9. Abwasserreinigungsanlagen	248.400.226,03	262.388.990,02
10. Sonstige technische Anlagen und Maschinen	2.923.486,10	2.911.092,08
11. Betriebs- und Geschäftsausstattung	31.629.362,78	28.419.545,31
12. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	355.443.708,85	326.973.925,37
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	-	-
3. Beteiligungen	3.208.020,38	3.208.020,38
4. Mitgliedschaften in Zweckverbänden	3.304.402,23	3.304.402,23
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.477,63	1.477,63
6. Sonstige Ausleihungen	3.246.354,71	8.022.973,18
	9.760.254,95	14.536.873,42
Insgesamt	6.252.836.960,49	6.575.887.115,69

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der **Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin**, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Ver-

treter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 17. Januar 2007

Rödl & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft




Martin Wambach
Wirtschaftsprüfer


Uwe Röhrlein
Wirtschaftsprüfer

Entsprechenserklärungen

Erklärung des Aufsichtsrates der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, zu den Empfehlungen des Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG

Der Aufsichtsrat der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, erklärt, dass den Empfehlungen des von ihm beschlossenen und auf der Webseite der Gesellschaft bekannt gemachten Corporate Governance Kodex der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, in der Fassung vom 1. Januar 2005 entsprochen wurde und wird.

Berlin, den 9. Januar 2007

Für den Aufsichtsrat



Senator Harald Wolf
Aufsichtsratsvorsitzender

Erklärung des Vorstandes der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, zu den Empfehlungen des Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG

Der Vorstand der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, erklärt, dass den Empfehlungen des vom Aufsichtsrat der Gesellschaft beschlossenen und auf der Webseite der Gesellschaft bekannt gemachten Corporate Governance Kodex der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, in der Fassung vom 1. Januar 2005 entsprochen wurde und wird.

Berlin, den 9. Januar 2007

Für den Vorstand



Jörg Simon
Vorstandsvorsitzender



Frank Bruckmann
Mitglied des Vorstandes

Anlage zu den Entsprechenserklärungen

I. ZUSAMMENWIRKEN VON VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

I.1 VERWEIS: ZIFFER 3.1/3.5 CGK BWB

■ **Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Vorstand.** Vorstand und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet.

■ **Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch den Vorstand.** Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden vom Vorstand offengelegt.

■ **Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten.** Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

I.2 VERWEIS: ZIFFER 3.6 CGK BWB

■ **Sitzungen des Aufsichtsrates.** Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung des Vorstandes abgehalten.

In der Regel wurden lediglich Tagesordnungspunkte über Personalangelegenheiten ohne Teilnahme des Vorstandes behandelt.

I.3 VERWEIS: ZIFFER 3.2/3.3/4.1.2 CGK BWB

■ **Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch den Vorstand.** Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; der Vorstand ist seinen Berichtspflichten über den Umsetzungsstand regelmäßig in schriftlicher Form nachgekommen.

■ **Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat.** Der Vorstand hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt.

I.4 VERWEIS: ZIFFER 3.4 CGK BWB

■ **Bericht des Vorstandes an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements unter Beifügung von Dokumenten.** Der Vorstand ist seiner Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend.

■ **Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen.** Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventueller Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

I.5 VERWEIS: ZIFFER 3.7 CGK BWB

■ **Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstandes und Aufsichtsrates.** Vorstand und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstandes bzw. Aufsichtsrates gewahrt.

■ **D&O-Versicherung für Vorstand und Aufsichtsrat.** D&O-Versicherungen sind mit Selbstbehalt für Vorstand und Aufsichtsrat abgeschlossen worden.

II. VORSTAND

II.1 VERWEIS: ZIFFER 4.1.1/4.1.3/4.1.4 CGK BWB

■ **Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben.** Der Vorstand hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt.

■ **Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen.** Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen wurde vom Vorstand Sorge getragen.

■ **Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen.** Das Unternehmen verfügte über ein wirksames Risikomanagement und über ein Risikocontrolling.

II.2 VERWEIS: ZIFFER 4.2.1 CGK BWB

■ **Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand.** Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand sind in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt.

Es wurde ein Vorsitzender des Vorstandes bestimmt.

II.3 VERWEIS: ZIFFER 4.2.2/4.2.3/4.2.4 CGK BWB

■ **Vergütungsregelungen für die Mitglieder des Vorstandes.** Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einem fixen Jahresgehalt und einer variablen Erfolgsvergütung zusammen.

■ **Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder des Vorstandes.** Gemäß § 11 Abs. 8 des Berliner Betriebsgesetzes entscheidet der Personalausschuss über die Anstellungsverträge und Nebenabreden mit den Vorstandsmitgliedern. Die variable Erfolgsvergütung basiert auf einer Zielvereinbarung zwischen dem Personalausschuss des Aufsichtsrats und den Vorstandsmitgliedern in der Fassung vom 12. Dezember 2005. Eine nachträgliche Änderung der Zielvereinbarung wurde nicht vorgenommen. Die Vergütung wird unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Vorstandsmitglieder, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und unter Berücksichtigung des Vergleichsumfelds festgelegt. Die Vergütungen der Vorstandsmitglieder werden im Anhang zum Jahresabschluss gemäß § 18 Abs. 6 BerlBG einzeln ausgewiesen.

III. AUFSICHTSRAT

III.1 VERWEIS: ZIFFER 5.1.1/5.1.3 CGK BWB

■ **Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates aus Satzung und Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat; ggf. weitere Zustimmungsbindingen.** Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen.

Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf.

Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.

■ **Geschäftsordnung des Aufsichtsrates.** Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.

III.2 VERWEIS: ZIFFER 5.1.2 CGK BWB

■ **Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern des Vorstandes; Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung.** Der Aufsichtsrat bestellt und beruft die Mitglieder des Vorstandes ab. Eine langfristige Nachfolgeplanung besteht nicht, da die Dienstverträge der aktiven Vorstandsmitglieder noch mehrere Jahre Laufzeit haben.

Eine vorzeitige Wiederbestellung ist nicht erfolgt.

Der Aufsichtsrat hat eine Altershöchstgrenze des Eintrittsalters von 63 Lebensjahren für die Vorstandsmitglieder festgelegt; 68 Lebensjahre sollten nicht überschritten werden.

■ **Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis.** Gemäß § 11 Abs. 8 Berliner Betriebsgesetz (BerlBG) steht dem Personalausschuss Entscheidungsbefugnis über die Anstellungsverträge und Nebenabreden mit den Vorstandsmitgliedern zu.

III.3 VERWEIS: ZIFFER 5.2 CGK BWB

■ **Zusammenarbeit Vorstand/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse.** Zwischen Aufsichtsratsvorsitzendem und Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden.

■ **Unterrichtung des Aufsichtsrates über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen.** Der Vorstand hat den Aufsichtsratsvorsitzenden und den Aufsichtsrat über alle wichtigen Angelegenheiten unterrichtet.

Es hat keine außerordentliche Aufsichtsratssitzung stattgefunden.

III.4 VERWEIS: ZIFFER 5.2/5.3.1/5.3.2/5.3.4 CGK BWB

■ **Ausschüsse des Aufsichtsrates; Besetzung und Entscheidungskompetenzen.** Der Aufsichtsrat hat folgende Ausschüsse:

- Wirtschaftsausschuss/Audit Committee
- Personalausschuss

Der Aufsichtsratsvorsitzende war nicht Vorsitzender des Audit Committees; Vorsitzender war auch kein ehemaliges Mitglied des Vorstandes.

Zu den Entscheidungskompetenzen siehe III.2.

Weitere Entscheidungskompetenzen in andere Ausschüssen wurden nicht übertragen.

Das Plenum des Aufsichtsrates wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen soweit möglich und erforderlich unterrichtet.

III.5 VERWEIS: ZIFFER 5.4.1/5.4.2/5.4.3/5.4.5 CGK BWB

■ **Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern.** Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von fünf bzw. zehn Aufsichtsratsmandaten überschritten.

■ **Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen.** Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt, wobei die Unternehmen der RWE- und der Veolia-Gruppe nicht als Wettbewerber in diesem Sinne zu betrachten sind.

■ **Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates.** Die Vergütung wurde nicht in ein Fixum und in einen variablen Teil unterteilt. Die Gesamtvergütungen ergeben sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.

III.6 VERWEIS: ZIFFER 5.4.5/5.6 CGK BWB

■ **Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrates.** Es hat ein Aufsichtsratsmitglied an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Die abwesenden Aufsichtsratsmitglieder haben an den Beschlussfassungen des Aufsichtsrates oder seiner Ausschüsse durch die Überreichung schriftlicher Stimmabgaben teilgenommen. In seiner Sitzung am

28. November 2006 hat der Aufsichtsrat der BWB erstmals die Effizienz seiner Tätigkeit überprüft und vorgetragene Verbesserungsvorschläge für die gemeinsame Arbeit diskutiert.

IV. INTERESSENKONFLIKTE

IV.1 VERWEIS: ZIFFER 4.3.1/4.3.2 CGK BWB

■ **Wettbewerbsverbot für Mitglieder des Vorstandes.** Die Mitglieder des Vorstandes haben die Regeln des Wettbewerbsverbotes beachtet.

■ **Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung des Vorstandes.** Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

IV.2 VERWEIS: ZIFFER 4.3.3/5.5.1 CGK BWB

■ **Wahrung des Unternehmensinteresses.** ■ **Persönliche Interessen.** Vorstand und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.

IV.3 VERWEIS: ZIFFER 4.3.4/5.5.2/5.5.3 CGK BWB

■ **Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrates.** Interessenkonflikte haben nicht bestanden.

IV.4 VERWEIS: ZIFFER 4.3.4/5.5.4 CGK BWB

■ **Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene des Vorstandes.** Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder des Vorstandes oder ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmen sind dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden; der Aufsichtsrat hat von der Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Unternehmen keinen Gebrauch gemacht.

■ **Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrates.** Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt.

Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

IV.5 VERWEIS: ZIFFER 4.3.5 CGK BWB

■ **Nebentätigkeiten von Mitgliedern des Vorstandes.** Die Vorstandsmitglieder haben Nebentätigkeiten ausgeübt, die im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Vorstandsmitglieder der BWB stehen (u. a. Wahrnehmung von Aufsichtsrats- und Beiratsmandaten). Diese Nebentätigkeiten wurden dem Aufsichtsratsvorsitzenden zur Zustimmung vorgelegt. Der Aufsichtsratsvorsitzende hat über die Genehmigung von Nebentätigkeiten im Aufsichtsrat berichtet. Darüber hinaus wurde dem Aufsichtsrat eine aktuelle Übersicht aller Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2006 überreicht.

IV.6 VERWEIS: ZIFFER 3.8 CGK BWB

■ **Gewährung von Krediten an Mitglieder des Vorstandes und an Mitglieder des Aufsichtsrates.** Den Mitgliedern des Vorstandes und den Mitgliedern des Aufsichtsrates – Letztere in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglieder – bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

V. TRANSPARENZ

V.1 VERWEIS: ZIFFER 6 CGK BWB

■ **Informationen über das Unternehmen im Internet.** Unternehmensinformationen wurden auch über das Internet veröffentlicht.

VI. RECHNUNGSLEGUNG

VI.1 VERWEIS: ZIFFER 7.1.1/7.1.2/7.1.3 CGK BWB

■ **Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (45 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen.** Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entspre-

chend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen (geprüfter Jahresabschluss 90 Tage nach Geschäftsjahresende, Zwischenberichte 45 Tage nach Ende des Berichtszeitraumes) dem Gesellschafter vorgelegt.

Der Jahresabschluss/Zwischenbericht führt die Beteiligungsunternehmen des Unternehmens auf.

VII. ABSCHLUSSPRÜFUNG

VII.1 VERWEIS: ZIFFER 7.2.1 CGK BWB

■ **Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits.** Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel.

■ **Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe.** Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vortragen.

VII.2 VERWEIS: ZIFFER 7.2.1 CGK BWB

■ **Unterrichtung des Aufsichtsrates durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung.** Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über alle wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet.

VII.3 VERWEIS: ZIFFER 7.2.2 CGK BWB

■ **Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss.** Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss 2006 teilgenommen und wird auch an den Beratungen für den Jahresabschluss 2007 teilnehmen.

Auf einen Blick

Bilanz		31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2003	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2000
Bilanzsumme	Mio. €	7.235	7.507	7.409	7.263	7.175	7.168	6.993
Gezeichnetes Kapital	Mio. €	1.790	1.790	1.790	1.790	1.790	1.790	1.790
Eigenkapital	Mio. €	2.804	2.750	2.697	2.714	2.608	2.592	2.841
Fremdkapital	Mio. €	4.431	4.757	4.712	4.549	4.567	4.576	4.152
Anlagevermögen								
Restbuchwerte	Mio. €	6.253	6.576	6.520	6.428	6.369	6.225	6.130
Anschaffungswerte	Mio. €	10.649	10.806	10.566	10.271	10.031	9.694	9.435
Investitionen								
Anlagevermögen	Mio. €	293	298	315	275	336	320	288
Gewinn- und Verlustrechnung		2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Umsatzerlöse aus								
Wasserverkauf	Mio. €	424	404	393	374	363	373	381
Entwässerungsleistungen	Mio. €	680	679	647	581	587	588	583
Betriebliche Erträge insgesamt	Mio. €	1.258	1.234	1.228	1.202	1.114	1.155	1.132
Personalaufwand	Mio. €	259	266	265	274	270	272	286
Abschreibungen	Mio. €	238	230	233	221	212	213	213
Betriebliche Aufwendungen insgesamt	Mio. €	898	888	888	856	848	892	867
Finanzergebnis	Mio. €	-96	-112	-109	-128	-111	-105	-97
Außerordentliches Ergebnis	Mio. €	3	8	-21	17	-86	-316	128
Jahresergebnis	Mio. €	98	85	62	116	34	-81	126
Betriebsteil Wasserversorgung		2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Wasserwerke		9	9	9	9	9	11	
Kapazität der Werke	1.000 m ³ /Tag	1.140	1.140	1.140	1.140	1.140	1.140	1.140
Wasserförderung	Mio. m ³	209	206	209	222	215	217	222
Wasserverkauf	Mio. m ³	202	197	201	214	208	213	217
Rohrnetz	km	7.857	7.843	7.830	7.827	7.816	7.802	7.787
Hausanschlüsse	1.000 Stück	262	258	254	257	256	254	250
Hausanschlüsse	je km Rohrnetz	33	30	31	33	31	31	32
Betriebsteil Entwässerung		2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Grundstücksanschlüsse	1.000 Stück	231	233	225	226	223	219	203
Klärwerke		4	4	4	4	5	5	5
Abwasserreinigung	Mio. m ³	224	227	232	230	248	238	242
Entwässerungsleistung	Mio. m ³	209	208	209	215	217	220	217
Abwasserkanäle								
Schmutzwasserkanäle	km	4.206	4.178	4.154	4.100	4.026	4.011	3.963
Mischwasserkanäle	km	1.908	1.902	1.902	1.894	1.930	1.887	1.886
Regenwasserkanäle	km	3.218	3.212	3.206	3.166	3.161	3.133	3.107
Sonderkanäle	km	68	68	68	68	68	68	68
Insgesamt	km	9.400	9.360	9.330	9.228	9.185	9.099	9.024
Abwasserpumpwerke		147	143	145	146	146	146	145
Druckrohrnetz	km	1.127	1.124	1.109	1.095	1.044	1.044	1.035